

# Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 42

Duisburg, den 20. Oktober 1928

29. Jahrgang

## Altersinvaliden-Unterstützung und Werbetätigkeit

Es ist in der deutschen Arbeiterbewegung viel darum gestritten worden, ob die Gewerkschaften Unterstützungsarten, wie z. B. eine Altersinvalidenunterstützung, überhaupt einführen sollen. Es gibt „Richtungen“, die da proklamieren: „Weg mit allen sogenannten sozialen Unterstützungen, alle Gewerkschafts-Einrichtungen müssen auf den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen eingestellt sein.“ Solche Stimmen sind auch bei uns laut geworden.

Die Frage, ob wir die Gewerkschaften mit solchen Unterstützungsarten ausbauen sollen, ist — so möchte ich meinen — längst entschieden.

Das Leben des Arbeiters mit seinen Bedrängnissen und Nöten hat den Weg gewiesen. Die Aufgaben der Gewerkschaften sind universeller geworden. Die Gewerkschaften ergreifen alle Mittel, die geeignet sind, die materielle, geistige und soziale Wohlfahrt der Arbeiter zu fördern und aus dem rechtslosen, besitzlosen und in seinen Existenzbedingungen dem Zufall preisgegebenen Proletariat von ehemals den gleichberechtigten, gleichgeachteten, auf sicheren Existenzgrundlagen dastehenden Volksbürger zu machen.

Wenn der Arbeiter sich mit seinem Schicksal — soweit das überhaupt möglich sein kann — ausöhnen soll, so muß die Unsicherheit seiner Existenz beseitigt werden. Am furchtbarsten ist der Gedanke, arbeiten zu wollen, jedoch gewaltsam und dauernd von der Arbeit ausgeschlossen zu sein, weil vielleicht infolge Alters oder Invalidität die Leistungsfähigkeit nachgelassen haben kann.

Es ist einer der brutalsten und verwerflichsten Charakterzüge unserer Zeit, daß Menschen, die vielfach die Blütezeit und Vollkraft ihres Lebens der Arbeit und nicht selten einem Unternehmen gewidmet haben, infolge Alters — wie man zu sagen pflegt — abgebaut werden.

Bei der sogenannten „Rationalisierung der Betriebe“ hat man vielfach weniger Bedacht gelegt auf technische und betriebsorganisatorische Fortschritte als vielmehr auf eine Durchschiebung der Belegschaften. Verjüngung der Belegschaften und Beschäftigung nur der besten Kräfte — das war vielfach mit in erster Linie die Lösung. Massenhaft sind namentlich 1926 und 1927 ältere Arbeiter entlassen worden, darunter Leute, die fast ein Menschenalter treue Dienste geleistet hatten.

Ueber den Umfang des unsozialen Gebarens der Brotlosmachung älterer Arbeiter herrscht nicht genügend Klarheit. Gottlob sind noch nicht alle Arbeitgeber von diesem unsozialen Zeitgeiste angekränelt.

Aber die Öffentlichkeit hat ein Recht, zu verlangen, daß in dieser Frage einwandfreie amtliche Aufschlüsse gegeben werden.

Die Arbeitsnachweise und Arbeitsvermittlungsanstalten müssen im besonderen regelmäßig amtlich und öffentlich über die Erfahrungen ziffernmäßigen Bericht erstatten, die sie mit der Vermittlung von Arbeitskräften machen, die das 45. oder 50. Lebensjahr überschritten haben.

Welche maßlose Verbitterung der Gedanke, im Alter beiseite geschoben zu werden, gerade in jungen Jahren auslösen muß, liegt auf der Hand.

Die Sicherstellung einer — wenn auch noch so bescheidenen — Existenz ist allzeit die größte Sorge des Arbeiters.

Die Lösung dieses Problems bedeutet mit die Entproletarisierung. Die neue Unterstützungsart, die unser Verband eingerichtet hat, ist mit einer Etappe auf diesem Wege. Ich bin mir bewußt, daß wir mit der Altersinvalidenunterstützung in unserem Verbandsverbande noch weit entfernt sind von einer allgemeinen Lösung dieses Problems; allein für unsere Verbandsmitglieder tun wir einen sehr bedeutsamen Schritt auf diesem Wege. Ich will ganz bescheiden sein und sagen — auch für unsere Verbandsmitglieder bedeutet das, was wir getan haben, erst einen Anfang. Aber der Anrang ist gemacht; er kann fortgeführt werden in dem Maße wie wir weiter opferwillig sind.

Wir wollen unsere Verbandsmitglieder geistig und gesellschaftlich heben und durch die Sicherstellung einer Grundlage des materiellen Lebens den letzten Rest des Proletariats — soweit es in Frage kommt — beseitigen.

Die christliche Arbeiterschaft darf auch einen anderen Gesichtspunkt nicht außer acht lassen. Alle Unterstützungsarten der Gewerkschaften haben ein Großes gemeinsam; sie bedeuten: Solidarität, praktische Hilfsbereitschaft und wirkliche Nächstenliebe.

Nächstenliebe offenbart sich in Werken. Es ist nicht damit getan, daß man von Christentum und von dem großen, christlichen Gebot der Nächstenliebe redet, auf Opferbereitschaft und auf Taten kommt es an.

Wenn ich auf diese Gedankengänge hinweise, so will ich damit dartun, daß es eine sogenannte „prinzipielle“ Gegnerschaft, auf die ich eingangs hinwies, für uns nicht geben kann.

Mit der Einführung unserer Altersinvalidenunterstützung schreiten wir konsequent voran, den Weg der Sozialreform; wir streben dabei einem der bedeutsamsten Ziele aller Standesbewegungen, der Sicherung unserer Existenz zu und geben damit einen weiteren Beweis wahrhafter Nächstenliebe.

Jeder Fortschritt, den wir im Ausbau unseres Verbandes erzielen, dient den Mitgliedern und unserem Stande. Das gilt

## Die Neugestaltung des gesetzlichen Arbeiterschutzes

ist eine Frage, die heute alle Arbeitnehmer auf das lebhafteste interessiert. Wir ersuchten deshalb unseren

Kollegen Kreil, M. d. RWA.

der seit Jahren in hervorragendem Maße im Reichswirtschaftsrat an dem Entwurf des Arbeiterschutzes mitarbeitete, uns hierüber einige Artikel zu schreiben.

Die Artikelserie stellt eine Erweiterung und Vertiefung jener bedeutsamen Rede dar, die Kollege Kreil auf unserer Saarbrücker Generalversammlung über das gleiche Thema hielt. Wir bitten um ein gründliches Studium dieser sehr wertvollen Artikel.

für den Ausbau des Unterstützungswesens, für die Vervollkommnung der gesamten Verbandseinrichtungen, nicht zuletzt aber auch für die Stärkung der Finanzkraft des Verbandes. Das letztere kommt den Mitgliedern mehr als alles andere zugute: denn Macht liegt im Willen zwar — mehr aber noch in der Kraft.

Eines Fortschrittes werden wir erst in vollem Maße bewußt, wenn wir alle Mißverständnisse und Denkfehler ausräumen. Wir müssen von der Einführung der Altersinvalidenunterstützung nachhaltige agitatorische Wirkungen erwarten. Die Werbekraft des Verbandes muß durch unsere Arbeit erheblich gestärkt und in besonderem Maße die Mitgliederfluktuation eingedämmt werden. Diese Wirkungen werden um so größer sein, je geschlossener und entschlossener wir vertreten und verteidigen, was wir tun. Es gilt dabei, noch einige Mißverständnisse aufzuklären.

Es ist behauptet worden, durch Einführung solcher Unterstützungsarten werde der Kampf der Gewerkschaften um eine durchgreifende Sozialgesetzgebung nachlassen und Staat und Gemeinde würden noch viel weniger tun, weil die Gewerkschaften ihnen ja diese Verpflichtungen abnehmen würden.

Das Gegenteil ist wahr. Zu keiner Zeit sind z. B. so viele Anträge und Anregungen für den Ausbau der staatlichen Sozialversicherung entstanden, wie gerade aus Anlaß unserer verflochtenen Generalversammlung. Das ist schon eine Wirkung, die der Gedanke, eine gewerkschaftliche Altersinvalidenunterstützung einzuführen, ausgelöst hat. Es ist doch auch leicht begreiflich: wer für eine wohlthunende und notwendige Sache materielle Opfer bringen muß, erinnert sich um so gründlicher und um so nachteiliger daran, daß ihm diese Opfer durch die Allgemeinheit abgenommen werden müßten.

Indem wollen wir mit dem Aufbau dieser neuen Unterstützung in unserem Verbands auch eine nachhaltige Propaganda für die Ausgestaltung der staatlichen Sozialgesetzgebung aufgreifen. Wir denken nicht daran, der Allgemeinheit Verpflichtungen abzunehmen, die sie hat und die sie erfüllen muß. Wir stellen unsere Forderungen an die Unternehmer und Betriebsverwaltungen, an die Allgemeinheit und an den Staat und vertreten sie, wo das immer vor der Masse der Unorganisierten.

Aber wir wollen nicht verkümmern, weil der Troß der Staatsmaschinerie nicht oder nur in unzureichendem Maße in Tritt kommen kann. Darum verlassen wir uns nicht allein auf die Staatshilfe. Staatshilfe gewährt stets nur ein Mittelmaß von Vergünstigungen, vielfach sogar nur ein Mindestmaß. Der organisierte Arbeiter bescheidet sich nicht mit einem Mindestmaß, er strebt vollkommeneren Lösungen zu. Dadurch zeichnet er sich aus vor der Masse der Unorganisierten.

Wir fordern mehr Schutz gegen ungerechtfertigte Entlassung, Beschäftigungszwang für Minderleistungsfähige und Ausbau der Versicherung- und Fürsorgegesetze zugunsten der Arbeiter.

Auf diesen Gebieten ist die Arbeiterschaft zu kurz gekommen.

Ein Gesetz zum Schutze der Angestellten gegen ungerechtfertigte Kündigungen besteht bereits in Deutschland; warum nicht

auch für die Arbeiter? Es ist überdies sehr bezeichnend, wie die derzeitige deutsche Regierung zu dieser Frage steht. Die Regierungserklärung des Kabinetts Müller vom 3. Juli d. J. übergeht die Arbeiterschaft glattweg. In dieser Regierungserklärung heißt es wörtlich:

„Es soll die Dauer der Krisenunterstützung für die älteren Angestellten und Arbeiter über die gegenwärtigen Grenzen hinaus verlängert werden. Es wird weiter zu prüfen sein, ob rücksichtsvoller Entlassung älterer Angestellter wirksam gesteuert werden kann.“

So steht es in der Regierungserklärung. Hier wird kein Unterschied. Soll denn nur der Entlassung älterer Angestellten gesteuert werden? Sind die Arbeiter in diesem Punkte minderwertig? Wir erheben nachdrücklichst Einspruch gegen diese und gegen jede Zurücksetzung der Arbeiter.

Die Arbeiter sind auch stärkstens zurückgesetzt in dem Ausmaß der Renten. Wir haben die Probe aufs Exempel gemacht und errechnet, welche Rente ein Versicherter in der Invalidenversicherung und in der Angestelltenversicherung erhält. Für beide haben wir gleiche Voraussetzungen in bezug auf Mitgliedschaftsdauer usw. in Ansatz gebracht. Das Mitglied der Invalidenversicherung kann kaum die Hälfte der Rente beziehen, die das Mitglied der Angestelltenversicherung im Falle der Invalidität bekommt. Dabei besteht die Invalidenversicherung schon seit 1898, die Angestelltenversicherung erst seit 1910. Diese Zurücksetzung muß die Arbeiterschaft bekämpfen aus prinzipiellen und aus materiellen Gründen.

Wir bringen im Zusammenhang mit der Einführung der Altersinvalidenunterstützung in unserem Verbands die Forderungen klar zum Ausdruck, die wir zu stellen berechtigt sind.

Wir wenden uns nicht nur an den Staat, sondern in ganz besonderem Maße auch an das Unternehmertum.

Die „Kölnische Zeitung“ (Nr. 425a, 1928) hat recht, wenn sie den Arbeitgeberverbänden ins Stammbuch schreibt:

„Die Arbeitgeberverbände haben sich bisher meist als ideenarm oder machtlos erwiesen, wenn es nötig war, ihren Mitgliedern aus höheren Interessen als denen der unmittelbaren Betriebselbstsucht Pflichten aufzuerlegen. Gerade gegenüber der Notlage der älteren Angestellten wären selbständige, von sozialem Entgegenkommen diktierte Beschlüsse und Bindungen der Unternehmer verhältnismäßig leicht. Es muß sich freiwillig der Grundgedanke durchsetzen, daß auch die Arbeitskraft der Menschen, die sich jahrzehntelang dem Unternehmen gewidmet haben, genügende Abschreibungen erfordert. Diese Uebung ist gerade heute, da die ältere Generation der abhängig Arbeitenden durchweg ihr früher angesammeltes Sozialkapital aufgezehrt sieht und sich ihr Sozialrentenanspruch meist als unzulänglich erweist, am Platze.“

Diesen Gedankengängen muß man rückhaltlos zustimmen; man möchte nur wünschen, die „KZ.“ hätte mit solchen Einwirkungen auf ihre Gesinnungsgenossen größeren Erfolg.

Wir müssen an dem eminent christlichen Gedanken festhalten, daß die Allgemeinheit die Pflicht hat, die Opfer der Arbeit in Ehren zu halten und ihnen ein auskömmliches Dasein zu verschaffen.

Die Rationalisierung wird zum Fluch, wenn ihr Ertrag nicht in erster Linie zur Betreuung der Opfer verwandt wird, die sie hervorgerufen hat.

Wir haben einen neuen Weg gezeigt zur Hebung und Stützung der Metallarbeiterchaft.

Daran wollen wir als Christlicher Metallarbeiterverband durch unsere Altersinvalidenunterstützung nach besten Kräften mithelfen.

Karl Schmitz, 2. Verbandsvorsitzender.

## Um die Neugestaltung des gesetzlichen Arbeiterschutzes

I.

Zur Zeit ist ein Gesetzeswerk im Entstehen, dem vom Standpunkt des Arbeiters aus eine außerordentliche Bedeutung zukommt. Den gesetzgebenden Körperschaften ist bereits am 2. Dezember 1926 der Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes unterbreitet worden. Das Arbeitsschutzgesetz in seiner jetzigen Gestalt ist das Ergebnis jahrzehntelanger, wechselvoller Entwicklung. Die vielfachen Abänderungen und stückweisen Ergänzungen haben eine unübersichtliche und wenig einheitliche Regelung dieses wichtigen Rechtsgebietes zur Folge gehabt. Die soziale Gesetzgebung ist dadurch so unübersichtlich geworden, daß sich die davon berührten Kreise nur mehr schwer

darin zurechtfinden können. Durch den Gesetzentwurf soll also zunächst eine Vereinheitlichung des Arbeitsschutzrechts erstrebt werden. Diese Vereinheitlichung wird dadurch erzielt, daß der Entwurf in neun bestehende Gesetze und Verordnungen eingreift, diese teilweise ganz aufhebt, teilweise ihnen die Arbeitsschutzbestimmungen entzieht. Insbesondere werden die Gewerbeordnung und die Arbeitszeitverordnung hierdurch berührt. Daß im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Neuordnung des Arbeitsschutzes überhaupt in Angriff genommen wird, ergibt sich aus der nunmehr unbedingt notwendig gewordenen endgültigen Regelung der Arbeitszeit. Seit



1918 wurde darin mit verschiedenen Verordnungen herumgedoktert, dieselben wiederholt geändert, und es ist wirklich an der Zeit, hier endlich einmal reinen Tisch zu machen und für absehbare Zeit eine endgültige Regelung zu treffen. Der Gesetzentwurf verfolgt dieses Ziel. Er erstreckt sich auf folgende Gebiete: Schutz gegen Betriebsgefahren, Arbeitszeitschutz, erhöhter Schutz für Frauen, Jugendliche und Kinder, das Nachtarbeitverbot, Sonntagruhe, Ladenschluß und schließlich die Arbeitsaufsicht.

Der Gesetzentwurf ist bereits von zwei parlamentarischen Instanzen, nämlich dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat verabschiedet. Er liegt zur Zeit dem Reichstag vor und dieser wird nicht umhin können, in diesem Winter die Beratungen hierüber aufzunehmen. Es ist nicht zu verkennen, daß der Gesetzentwurf der Arbeiterschaft in mancher Hinsicht Verbesserungen bringt. Im Wesentlichen aber beschränkt er sich darauf, bestehende Verhältnisse zusammenfassend festzulegen und in mancher Hinsicht bringt er gegenüber den bisherigen Verhältnissen sogar Verschlechterungen. Jedenfalls sind die Erwartungen, welche die Arbeiterschaft an eine neue Regelung geknüpft hat, bei weitem nicht erfüllt. Die Enttäu- schung erstreckt sich insbesondere auf die geplante Arbeitszeitregelung, die in keiner Weise den gehegten Erwartungen entspricht.

Die Vorarbeiten für den Gesetzentwurf gehen in die Zeit der Inflation und des im Jahre 1923 erfolgten wirtschaftlichen Zusammenbruches zurück. Es ist offensichtlich, daß das Reichsarbeitsministerium, stark beeinflusst vom Reichswirtschaftsministerium, unter dem Eindruck der damaligen Verhältnisse an die Ausarbeitung des Entwurfs herangegangen ist. Es ist aber vollkommen außer Acht gelassen, daß inzwischen ein halbes Jahrzehnt hinter uns liegt, das uns eine wirtschaftliche Gesundung gebracht hat und in dem durch umfangreiche Rationalisierungs- und Technisierungsmaßnahmen eine ganz erhebliche Leistungssteigerung der deutschen Wirtschaft stattgefunden hat.

Der Verlauf der Verhandlung im Reichswirtschaftsrat läßt den Schluß zu, daß das Gesetz im Reichstag schwer umkämpft sein wird. Wie in der Frühzeit des Arbeiterschutzes vor 80 Jahren die Unternehmerkreise gegen den Arbeiterschutz Sturm liefen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie bedroht sahen, genau so wenden sie sich auch jetzt gegen eine weitere Ausgestaltung des Arbeiterschutzes. Der Gesetzentwurf geht ihnen viel zu weit und sie glauben den Zeitpunkt für gekommen, selbst jetzt schon vorhandene Schutzbestimmungen abzubauen oder, wie sie sich vielfach ausdrücken, „beweglicher“ zu gestalten. Sie berufen sich hierbei immer wieder auf wirtschaftliche Motive. Wir sind der Überzeugung, daß ebensowenig, wie sich die düsteren Prophezeihungen der Vergangenheit erfüllt haben, im Gegenteil die Wirtschaft trotz der sogenannten Hemmungen und Belastungen einen ungeahnten Aufschwung genommen hat, ebensowenig werden sich die jetzigen

Befürchtungen der Unternehmer verwirklichen. Man hätte eigentlich erwarten dürfen, daß sie aus ihren Fehlschlüssen der Vergangenheit gelernt und jetzt ein weitgehendes Verständnis für den Arbeiterschutz aufgebracht hätten. Leider ist dies nicht der Fall. Da mit der Verabschiedung des Gesetzes wichtige Abschnitte des Arbeiterschutzes auf absehbare Zeit endgültig geordnet werden, so müssen von der Arbeitnehmerseite alle Kräfte eingesetzt werden, um eine günstigere Gestaltung der vorgesehenen Arbeitsschutzbestimmungen zu erreichen. Was wir jetzt nicht erzielen, darauf werden wir auf absehbare Zeit verzichten müssen. So hart umkämpfte Gesetze wie dieses werden nicht alle paar Jahre einer Revision unterzogen. Im Gegenteil, die gesetzgebenden Körperschaften sind froh, ein solches Gesetz unter Dach und Fach gebracht zu haben und es wird für die weitere Zeit als „heißes Eisen“ gemieden.

Der erste Abschnitt behandelte „allgemeine Vorschriften“. Diese betreffen den „Beltungsbereich“, den Begriff des „Arbeitnehmers“ und die Feststellung „verantwortlicher Personen“. Der Beltungsbereich erstreckt sich auf die Beschäftigung von Arbeitnehmern aller Art. Jedoch sind bestimmte Arbeiten hierfür ausgenommen, darunter die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, der Tierzucht, der Fischerei, Seeschifffahrt und der Luftfahrt. Weiterhin sind ausgenommen die Nebenbetriebe obengenannter wirtschaftlicher Zweige, wenn in diesen Nebenbetrieben in der Regel nicht mehr als drei Arbeitnehmer beschäftigt werden. Unter dieser Ausnahme stehen demnach sämtliche Gutslandwirte (Schmiede, Schlosser, Elektriker) und auch ein erheblicher Teil der



J. E. Ströver

Wir wollen vorwärts

Reparaturarbeiter in Schifffahrt und Luftfahrt. Wir sind der Auffassung, daß sich eine solche Ausnahme nicht rechtfertigt. Ausgenommen ist ferner die Arbeit in der Hauswirtschaft einschließlich der im Haushalt des Arbeitgebers geleisteten persönlichen Dienste, also die sogenannten Hausangestellten. In Zweifelsfällen entscheidet der Reichsarbeitsminister darüber, ob einzelne Arten von Betrieben oder Beschäftigungen unter diese Ausnahmen fallen und ob eine Tätigkeit als Betrieb oder Verwaltung anzusehen ist. Für diese und andere Entscheidungen, die sich aus dem Arbeitsschutz ergeben, ist die Anhörung eines Reichsausschusses für Arbeitsschutz vorgesehen. Dieser Ausschuss soll aus vier vom Reichsrat benannten Personen und je vier durch den Reichswirtschaftsrat benannten Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter vorgesehen. Die Zusammensetzung dieses Reichsausschusses entspricht nicht unseren Wünschen. Abgesehen davon, daß die Parität nicht gewahrt wird, da erfahrungsgemäß von amtlichen Stellen ernannte Personen meist den Arbeitgebern näher stehen als den Arbeitnehmern, kann dieser Ausschuss die an ihn herantretenden Fragen infolge der Vielseitigkeit der Gewerbe nicht fachgemäß erledigen. Wir würden es für richtiger halten, wenn der Ausschuss nicht mit ständigen Mitgliedern besetzt würde, sondern jeweils von den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer von Fall zu Fall zu delegierenden, geeigneten Ver-

treten. Sollte in diesem Ausschuss aber an ständigen Vertretern festgehalten werden, so ist er in paritätischer Zusammensetzung nur mit Fragen zu befassen, die für das gesamte Gewerbe oder die gesamte Industrie gleichermaßen Geltung haben sollen. Zwecks Erörterung von Fragen bestimmter Gewerbe und Industrien wären Sonderausschüsse zu bilden. z. B. ein Ausschuss für die Eisen- und Metallindustrie. Der Nachteil möglicherweise mangelnder Einheitlichkeit in den Äußerungen — der Ausschuss hat nicht beschließende, sondern nur gutachtende Befugnisse — wird weit aus aufgehoben durch den Vorteil der wirtschaftlich- und fachkundigen Beratung des Reichsarbeitsministers. Die Einheitlichkeit kann zudem durch Benennung je eines Verbindungsmitgliedes der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die den Ausschüssen in ihrer Gesamtheit angehören, gewährleistet werden.

Der Begriff des Arbeitnehmers ist in der Weise umschrieben, daß sowohl Arbeiter und Angestellte, sowie die Lehrlinge und sonstige in der Berufsausbildung stehende Personen als Arbeitnehmer zu gelten haben. Als solche gelten auch Kinder, die nicht auf Grund eines Arbeitsvertrages beschäftigt sind. Es sind nun eine Reihe von Berufen aufgeführt, die nicht als Arbeitnehmer gelten, wie z. B. Geschäftsführer, Betriebsleiter, öffentliche Beamte, Geistliche, Angehörige der Wehrmacht usw. Ausgenommen sind aber auch „Arbeitnehmer, die nur in ihrer eigenen Wohnung oder Werkstätte tätig sind“. Hiermit sind die Heimarbeiter betroffen. Die Absicht, die Heimarbeiter vom Gesetz auszuschließen, berührt auch uns in der Metallindustrie. Gewiß hat die Heimarbeit in der Metallindustrie nicht mehr die Ausdehnung wie vor einigen Jahrzehnten. Sie wird immer mehr von der Fabrikarbeit zurückgedrängt. In gewissen Bezirken, so besonders im Solinger

Gebiete, hat sie sich aber erfolgreich behauptet. Wir verkennen nicht die besonderen Schwierigkeiten, die der Erfassung der Heimarbeiter entgegenstehen, insbesondere teilweise durch diese Arbeiter selbst. Im Interesse der Erhaltung von Leben und Gesundheit können wir aber dem Ausschluß dieser Arbeiter nicht zustimmen. Zum mindesten dürfte die Heimarbeit nicht für alle Abschnitte des Gesetzes ausgenommen werden, wie z. B. der Arbeitsaufsicht. Die Regierung überläßt die Regelung dem künftigen Hausarbeitsgesetz. Da wir aber nicht übersehen können, zu welcher Zeit dasselbe einmal vorgelegt und wie es gestaltet werden wird, können wir diese Absicht nicht billigen. Dies insbesondere nicht unter Berücksichtigung des Umstandes, daß unsere hochqualifizierten Heimarbeiter nicht mit den Glanzverhältnissen in manchen Hausindustrien in einen Zusammenhang gebracht werden können und wir uns hier keine befriedigende Lösung denken können. Die beabsichtigte Regelung läßt den Heimarbeiter außerhalb des Gesetzes. Erfasst aber dagegen den Arbeiter, den der Heimarbeiter selbst nebenbei beschäftigt. Wir sehen dies als eine unmögliche Lösung an.

Für die Einhaltung der Gesetzesbestimmung sind der Unternehmer oder Arbeitgeber verantwortlich, der aber die aus dem Gesetz erwachsenen Pflichten auf Betriebsleiter und sonstige Aufsichtspersonen übertragen kann, wodurch diesen die Verantwortung aufgelegt wird. Der Arbeitgeber bleibt neben diesen Aufsichtspersonen verantwortlich, wenn er deren Verhalten veranlaßt oder geduldet hat, oder wenn er es an der nötigen Sorgfalt bei der Auswahl oder Beaufsichtigung der bestellten Personen oder bei der eigenen Beaufsichtigung des Betriebes, soweit dies nach den Verhältnissen möglich ist, gut fehlen lassen.

H. Kreil, M. d. RWR.

## Der Lohnsteuerabzug nach dem 1. Oktober 1928

In Nr. 38 brachten wir schon einen Artikel über die neuen Bestimmungen betreffend den Lohnsteuerabzug. Die in diesem Artikel aufgeführte Tabelle enthält die Steuerbeträge bei einem monatlichen Einkommen von 135 bis 300 M. Die Steuerbeträge sind berechnet nach dem System der festen Abzüge, welche für die Frau 10 M, für das erste Kind 10 M, für das zweite Kind 20 M, für das dritte Kind 40 M, für das vierte Kind 60 M, für das fünfte und jedes weitere Kind 80 M monatlich betragen.

Wie in dem Artikel in Nr. 38 des Verbandsorgans schon angeführt ist, kann die Steuerermäßigung an Stelle des Systems der festen Abzüge auch prozentual errechnet werden. In diesem Falle kann der Steuerpflichtige nur den steuerfreien Betrag von 100 M (Existenzminimum 60 M, Werbungskosten 20 M und Sonderleistungen 20 M) in Abzug bringen. Eine weitere Ermäßigung wegen des Familienstandes erfolgt nicht. Hierfür senkt sich nunmehr der 10prozentige Steuerabzug für jedes Familienmitglied um ein Prozent, so daß bei einer Frau mit 5 Kindern noch 4 Proz. Steuer zu zahlen sind, dagegen bei Frau und 9 Kindern der Steuerabzug unterbleibt.

Familienstand	Arbeitslohn			
	monatlich	wöchentlich	täglich	zweihändlich
Chefrau . . . . .	204.99	48.99	8.99	2.09
1 Kind . . . . .	201.99	48.99	8.39	2.19
2 Kinder . . . . .	234.99	56.99	9.59	2.39
3 „ . . . . .	264.99	72.99	12.19	3.29
4 „ . . . . .	304.99	91.99	15.59	3.89
5 „ . . . . .	469.99	112.99	18.79	4.69
6 „ . . . . .	529.99	126.99	21.59	5.49
7 „ . . . . .	579.99	138.99	23.99	5.79
8 „ . . . . .	614.99	146.99	24.99	6.59
9 und mehr Kinder	—	—	—	—

Der einzelne Steuerpflichtige kann nun das System für die Berechnung seiner Steuer in Anspruch nehmen, welches sich für ihn am günstigsten auswirkt. Zweifellos wird bei den niederen Einkommen das System der festen Abzüge am vorteilhaftesten sein, wohingegen bei den höheren Ein-

kommen die prozentuale Senkung sich günstiger auswirkt. Es ergeben sich nun sogenannte Schnittpunkte. Diese sind in vorstehender Tabelle aufgeführt.

Bei Verdiensten, welche unter den in obiger Aufstellung angeführten Sätzen liegen, wirkt sich das System der festen Abzüge günstiger aus, während bei darüberliegenden Verdiensten das Prozentualsystem vorteilhafter ist.

Danach würde bei den in der Tabelle aus Nr. 38 des Verbandsorgans angeführten Verdiensten bei Verheirateten ohne Kinder und mit 1 Kind von 205 M Monatseinkommen an, und bei Verheirateten mit 2 Kindern von 235 M Monatseinkommen an das Prozentualsystem sich für den Steuerpflichtigen günstiger auswirken.

Die Steuerbeträge würden danach betragen:

Bei einem monatl. Einkomm. von M.	Ledig	Verheiratet ohne Kinder	Verheiratet mit 1 Kind	Verheiratet mit 2 Kindern
205.—	7.85	7.05	6.30	4.85
210.—	8.25	7.40	6.60	5.25
215.—	8.60	7.75	6.90	5.60
220.—	9.—	8.10	7.20	6.—
225.—	9.50	8.30	7.50	6.35
230.—	10.—	8.75	7.80	6.75
235.—	10.50	8.15	8.10	7.05
240.—	11.—	9.60	8.40	7.35
245.—	11.50	10.05	8.95	7.60
250.—	12.—	10.50	9.—	7.85
260.—	13.—	11.40	9.80	8.40
270.—	14.00	12.0	10.60	8.90
280.—	15.—	13.20	11.40	9.10
290.—	16.—	14.10	12.20	10.30
300.—	17.—	15.—	13.—	11.—

Wenn auch die Spannen in den ersten Gruppen gering sind, so betragen sie bei einem Einkommen von 300 M bei Verheirateten ohne Kinder 1 M monatlich, bei Verheirateten mit 1 und 2 Kindern je 2 M monatlich.

Jeder Steuerpflichtige sollte deshalb Wert darauf legen, daß bei seinem Lohnsteuerabzug die für ihn günstigste Berechnungsweise Platz greift.

G. Pelster.



# Oberschlesien und der Harrimankonzern

Unsere 12. Generalversammlung in Saarbrücken befaßte sich eingehend auch mit der Not der Grenzgebiete unseres Vaterlandes. In nachfolgendem Artikel, aus der Feder unseres Mitarbeiters W. Hoepfner-Glatow, sei im einzelnen auf die Grenzlandwirtschaft in Ostoberschlesien hingewiesen. Es dürfte unsere Kollegen sehr interessieren, einen Blick zu tun hinter die Kulissen des Kohlehandels der polnischen Regierung mit amerikanischem Kapital gegen Deutschland und auch gegen deutsche Arbeiter.  
Die Red.

Der oberschlesische Konzern Giesche-Spolka meldete kürzlich, daß er mit dem polnischen Handelsministerium einen Vertrag abgeschlossen habe, der ihm ein beträchtliches Gelände am Gdingener Hafen uneingeschränkt sichert. Er habe dafür die Verpflichtung übernommen, aus eigenen Mitteln Umschlagsanlagen zu errichten und monatlich mindestens 55 000 Tonnen Kohlen mit eigenen Dampfern zu exportieren. Das Merkwürdigste an dieser Angelegenheit ist nun, daß der Giesche-Spolka-Konzern erstens überhaupt keine eigenen Schiffe besitzt, zweitens nicht so groß ist, daß die Anschaffung eigener Kohlendampfer sich rentieren würde, und drittens selbst bei günstigsten Produktionsbedingungen gar nicht in der Lage ist, auch nur annähernd 55 000 Tonnen monatlich auszuführen. Denn er ist in der Hauptsache auf Zinkindustrie eingestellt . . .

Das Rätsel findet seine Lösung in der Tatsache, daß „Giesche-Spolka“ dem amerikanischen Harriman-Konzern gehört, demselben Konzern, der noch jüngst die Meldungen über die Ausdehnung seiner Interessen in Ostoberschlesien so energisch dementierte. Nun, diese Dementis aus der Union hatten den gleichen Zweck wie fast alle Widerrufe: sie sollten das Interesse der Öffentlichkeit von schwebenden Verhandlungen, die noch nicht zum Abschluß gekommen waren, ablenken. Tatsache ist nun, wie das polnische Wirtschaftsblatt „Przymysł i Handel“ in diskreter Weise verrät, daß zwischen der polnischen Regierung und dem Harriman-Konzern ein Vertrag inzwischen zustande gekommen ist. In diesem Abkommen wird Harriman zugesichert, die polnische Regierung werde von ihrem Liquidationsrecht im Jahre 1927 keinen Gebrauch machen, wenn er die Majorität der Gesellschaften „Kattowitz Bergbau-A.G.“, Bismarckhütte und Laurahütte erwerben sollte. Er muß sich aber verpflichten, mindestens 25 Jahre lang Besitzer dieser Majorität zu bleiben und nach Ablauf dieser Frist dem polnischen Staate das Vorkaufsrecht einzuräumen: die Forderung Polens, bei Übernahme der Werke das gesamte deutsche Personal zu entlassen und durch polnische Arbeiter und Angestellte zu ersetzen, ist fallen gelassen worden.

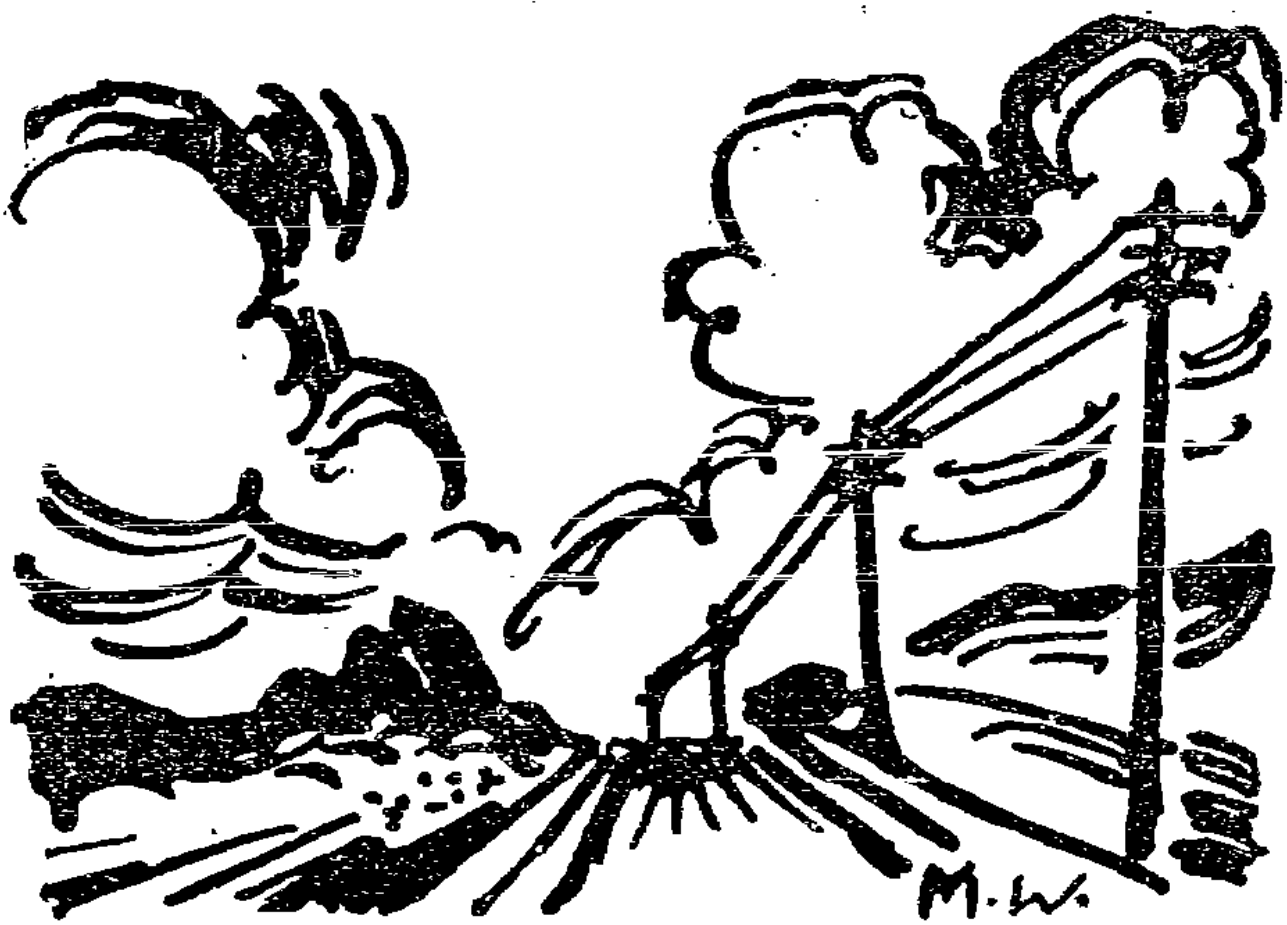
Nachdem Harriman sich — auch in steuerlicher Hinsicht —

mit dem polnischen Staate auseinandergesetzt hat, sind inzwischen die Verhandlungen mit den bisherigen Besitzern der Majorität (Weißmann-Außig und „Charlottenhütte“) wieder aufgenommen worden, und die Meldung über die Sicherung eines Umschlaggeländes in Gdingen bestätigt, daß der endgültige Abschluß nur noch eine Frage der Zeit ist.

Die ganze Transaktion bedeutet für das Deutschland in Polen einen schweren Schlag. Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß bisher im ostoberschlesischen Kohlenrevier noch immer 52 Prozent der Anteile in deutschen Händen waren und nur 4,5 Prozent in polnischen (26,5 in amerikansisch-englischen, 7,3 in belgisch-französischen und der Rest in tschechischen und schwedischen). In sämtlichen von Deutschen kontrollierten Werken wurden selbstverständlich bisher überwiegend Deutsche beschäftigt und damit in dem gestohlenen Gebiet bodenständig erhalten. Trotzdem die Forderung auf Entlassung der Deutschen in den drei fraglichen Betrieben fallen gelassen worden ist, kann man doch mit einiger Sicherheit voraussagen, daß in absehbarer Zeit die Entdeutschung im oberschlesischen Harriman-Konzern durchgeführt sein wird. Den besten Beweis bieten hierfür die Vorgänge bei „Giesche-Spolka“, die erst vor zwei Jahren in die Hände Harrimans übergegangen sind. Hier wurden von Anfang an die deutschen Arbeiter und Angestellten in rücksichtslosester Weise entlassen und durch Polen ersetzt (in den leitenden Stellen durch Schweden und Holländer). Wenn Polen sich damit einverstanden erklärt hat, daß bei den neuen amerikanischen Betrieben die deutsche Belegschaft erhalten bleibt, so geht man wohl in der Annahme nicht fehl, daß man hiermit die deutschen Anteilbesitzer zu ködern versucht. Außerdem hofft Polen, daß der Harriman-Konzern — der ewigen Scherezeien und Kleinlichen Schikane müde — in absehbarer Zeit doch versuchen wird, das deutsche Personal durch polnische und holländische Arbeiter zu ersetzen. Damit sind dann die Wünsche der nationalpolnischen Kreise restlos erfüllt . . .

Aber noch ein anderes Problem wird durch die ganze Transaktion berührt: die polnischen Geldnöte. Bei dem enormen Heeresetat und den kostspieligen Eisenbahn- und Hafenbauten war es selbst für lebenswichtige Betriebe bisher nicht möglich, irgendwelche Steuererleichterungen zu erreichen. Wenn die Gerüchte, die von völliger Steuerfreiheit während der ersten drei Jahre für die Harriman-Werke wissen wollen, sich bewahrheiten, so zeigt das, wie dringend notwendig Polen ausländisches Kapital gebraucht. Es ist ja bekannt, welche ungeheuren Schwierigkeiten seiner Zeit der Abschluß der Amerika-Anleihe machte, und als das „Goldschiff“ aus den Vereinigten Staaten endlich ankam, da war es nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Man hat in Polen immer noch nicht begriffen, daß man sich einen Heeresetat, der ein Drittel des gesamten Staatshaushaltes ausmacht, nicht leisten kann, ohne die Wirtschaft ernstlich zu gefährden. Die polnische Wirtschaft braucht Geld, Geld und nochmals Geld! Denn sie ist ja zum größten Teil noch gar nicht da, sondern immer noch im Aufbau begriffen! Solange die Wirtschaft in Polen nur dazu da ist, Geld für das Heer zu geben, solange wird man auch nicht die gewaltige Arbeitslosigkeit zwingen können.

Vor allem ist für die ostoberschlesische Wirtschaft die Frage der Kapitalbeschaffung eine Lebensfrage. Durch die sinnlose Grenzziehung ist ein rationelles Arbeiten, wie wir es in Deutschland kennen, einfach unmöglich gemacht worden. Was vorher einheitliches Wirtschaftsgebiet war, das ist jetzt auseinandergerissen und zerstückelt; die Gruben liegen vielfach auf polnischem, die Raffinerien auf deutschem Gebiet, die Hütten sind von ihrer Rohstoffbasis abgeschnitten und müssen ihre Produktion fast vollständig umstellen. Daß hierfür riesige Kapitalien, die auf dem Anleihewege nicht zu beschaffen sind, erforderlich werden, ist ohne weiteres verständlich. Dazu kommt noch, daß das tüchtige und eingearbeitete Fachpersonal infolge der niedrigen Löhne auf deutsches Gebiet abgewandert ist und viele Betriebe sich mit ungeschultem aber unrentablem Personal behelfen müssen. Bringen die Amerikaner Geld ins Land, dann kann der dringend notwendig gewordene Aus-



## Der Draht meldet:

Die Werbetätigkeit hat auf der ganzen Linie mit gutem Erfolg eingesetzt. Viele Ortsverwaltungen geben anschauliche Zahlen von Neugeborenen schon bekannt.

Tausende von Vertrauensleuten stellen ihre unentbehrliche stolze Kraft dem Verband zur Verfügung.

Wo bleibt deine Mitarbeit? Hoffentlich meldet der Draht auch von die bald Gutes.

und Aufbau der ostoberschlesischen Werke durchgeführt werden, und die hierbei verwandten, bisher arbeitslosen Kräfte werden den Unterstüzungsetat Polens nicht unerheblich entlasten. Auch der Bau der Umschlagsanlagen auf dem Gieschegelände in Gdingen, der den polnischen Staat nichts kostet, wird eine große Anzahl arbeitsloser Beschäftigung finden lassen.

Der polnische Staat macht also mit der Ausdehnung der Hariman-Interessen in Oberschlesien ein glänzendes Geschäft, und man kann es ihm nicht verdenken, wenn er dafür einige seiner Interessen opfert. Ohne die Amerikaner ist eine Rationalisierung der ostoberschlesischen Industrie undenkbar, denn deutsches Geld will man unter keinen Umständen ins Land lassen, weil man fürchtet, daß Deutschland auf diesem Wege politischen Einfluß auf Ober-

schlesien gewinnt. Daß die deutschen Anteilbesitzer das amerikanische Angebot ablehnen (wie vielfach gehofft worden ist), erscheint sehr fraglich: der polnische Staat hat den Deutschen den Besitz industrieller Betriebe auf seinem Gebiet zu allem anderen gemacht als zu einer Freude. Polen ist der deutsche Besitz in Oberschlesien so unangenehm wie möglich, weil er ein schweres Hindernis für die Polonisierung dieses Gebietes ist. Sollte wirklich einer der Anteilhaber sich gegen die Transaktion sträuben, nun, so wird Polen eben mit ein paar netten kleinen Schikanen etwas nachhelfen. Man hat ja Übung darin. „Gewalt geht vor Recht!“ pflegt man in Warschau in solchen Fällen zu sagen, wenn es sich um ein so ausgezeichnetes Geschäft wie dieses handelt . . .

W. Hoppner-Flatow.

## Mehr Schutz der Gesundheit u. des Lebens der Metallarbeiter

Auf dem Gebiete der Förderung der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter waren wir im Laufe der letzten Jahrzehnte ein gutes Stück weiter vorwärtsgekommen. Jetzt sind wir jedoch drauf und dran, nach dieser Richtung wieder zurückgeworfen zu werden. Unsere Arbeiterschaft ist neuen Gesundheits- und Lebensgefahren ausgesetzt.

Vornehmlich führen dazu vier Ursachen: 1. die Zahlung der unerträglichen hohen Kriegslasten erfolgt hervorragend auf Kosten der Gesundheit, der Kraft und des Lebens der deutschen Arbeiter; 2. der scharfe Existenz- und Wettkampf, den unsere Industrie auf dem Weltmarkt und besonders durch die amerikanische Konkurrenz führt, treibt zur höchstmöglichen Ausbeutung der Arbeiter; 3. die neuen Arbeitsverfahren und Arbeitsstoffe haben wohl für Gesundheit, Kraft und Leben der Arbeiter manche Verbesserungen aber auch neue Verschlechterungen gebracht und 4. tragen Unsicherheit des Arbeitsplatzes, Entlassungsfurcht, Ablenkung durch übertriebenen Sport und Klimbing, sowie schlechte gewerkschaftliche Organisationsverhältnisse und Betätigung mit dazu bei, daß sich Arbeiter selbst fast Unmögliches gefallen lassen müssen.

Die stark steigenden Krankheit-, Invalidisierungs- und die hohen Unfallziffern, die übertragende Sterblichkeitshäufigkeit und die kürzere durchschnittliche Lebensdauer der Arbeiter gegenüber sonstigen Berufsständen sind unhaltbare kulturwidrige Zustände. Sie sind auch die tieferen Ursachen der fortgesetzten Verarmung weiterer Arbeiterfamilien und das größte wirtschaftliche Hemmnis für den Aufstieg des Arbeiterstandes. So wird z. B. nur der durch Krankheits-tage bedingte Lohnausfall in Deutschland jährlich allein auf drei Milliarden Mark geschätzt. Hinzu tritt der Verlust, der den Arbeitern entsteht durch die vielen Unfälle, frühe Invalidität und durch den frühzeitigen Tod. Was durch Leistungen der Sozialversicherung an diesem Lohnausfall im einzelnen wettgemacht wird, müssen die Arbeiter ebenfalls wieder selbst aufbringen; denn die vollen Beiträge zur Sozialversicherung, einschließlich des Arbeitgeberanteils, sind bekanntlich

nur Bestandteile des Lohnes. Auch am Aufkommen für Reichszuschüsse sind sie selbst stark beteiligt. Wenn i. J. 1926 allein nur die reinen Leistungen der Sozialversicherung 2,6 Milliarden Mk. betragen, der Lohnausfall, alles sonstige hinzugerechnet wird, die noch viel größeren familiären und sittlichen Schäden dieser Zustände beachtet werden, so kann hier wohl mit Recht von dem größten, verhängnisvollsten und schädlichsten Menschenschicksal unserer Zeit gesprochen werden.

Bei den Maßnahmen hiergegen müssen unbedingt die verhütenden den versorgenden vorausgehen. Die Verhütung solcher Schäden ist immer die bessere und billigere Sozialpolitik. Insbesondere ist mehr denjenigen Gefahren der Arbeit, der Berufe und der Betriebe entgegenzuwirken, die neben den Unfallgefahren bestehen, die zu Gewerkekrankheiten führen, und die die vielen „allmählichen Opfer des Schlachtfeldes der Arbeit“ zeitigen. Diese „Feinde“ der Arbeiter sind seither überhaupt nicht oder nur stiefmütterlich beachtet worden, ob schon sie vielleicht noch schlimmere Wirkungen auslösen als die Betriebsunfälle.

Daß die Metallarbeiter besonders stark diesen Gefahren ausgesetzt sind, darüber berichtet neuerdings Gewerbearzt Dr. Teleky-Düsseldorf nach Erhebungen von Berichten der rheinischen Krankenkassen. Danach überträgt die Erkrankungshäufigkeit der Metallarbeiter den Durchschnitt der übrigen Arbeiterschaft. Ebenso sei auch die Sterblichkeit der Metallarbeiter eine recht hohe, insbesondere vom 50. Jahre ab. Gewerbearzt Dr. Beintger-Urnsberg stellte durch eine Erhebung aus seinem Aufsichtsbezirk fest, daß von 3237 in zwei Jahren an Tuberkulose gestorbene Menschen allein 1169 oder weit mehr als ein Viertel dieser Opfer in der Metallindustrie tätig gewesen seien. Ähnliche Verhältnisse sind auch sonst von Metallarbeitern festgestellt worden. So nach Berichten der Leipziger Ortskrankenkasse, von Berlin, von starker Lungentuberkulose in der Pfortzheimer Schmuckwarenindustrie usw. In der Werstindustrie



Alessandra Moroni (Mailand)

Der heilige Franz



in Oberschlesien und anderwärts sollen diese Zustände noch schlimmer sein.

Die neue Arbeit mit neuen Geräten und Stoffen führt u. a. zu starken Nerven-, Muskel-, Gelenk- und rheumatischen Erkrankungen. Die Hast der Arbeit, Erschütterungen und Einflüsse von Preßluftwerkzeugen, Brenn-, Schweiß- und Schleifeinrichtungen, eiserne Böden in Anlagen usw. seien die Ursachen.

Die Bearbeitung von Elektrometall in Automobilfabriken, ferner ein neuer Veredelungsprozeß, die sogenannte galvanische Verchromung in galvanotechnischen Betrieben, bei der eine sehr schädliche Substanz, Cyankalium genannt, verwandt und das sogenannte Trichloräthyl, das in Metallwarenfabriken gebraucht wird, lösen die denkbar schädlichsten Wirkungen aus.

Neben den in unserem Organ mehrfach bezeichneten Staubgefahren der Schleifer, der Krankheiten der Metallgießer, bei welcher letzteren auch eine starke frühzeitige Invalidisierung beobachtet würde, liegen starke Gesundheitsbeschwerden vor bei Arbeitern an Glüh-, Härte- und Lackieröfen, aus Bleiwerken, Verzimmereien, Verzinkereien, von Löttern, von Metallarbeitern in chemischen Fabriken, von Hochofenarbeitern durch neue, besonders giftige Schlacken und Dämpfe, die von bestimmten Erzen herkommen, sowie über „Händlerkrankheiten“ dieser Berufe.

Aus der Edel- und Uhrenindustrie, sowie aus der Feinmechanik wird geklagt, daß mit der zunehmenden Verfeinerung und Verkleinerung dieser Produkte die Sehkraft dieser Arbeiter und Arbeiterinnen noch schneller als früher eingebüßt würde. Diese Leute, die oft Künstler sind, vielleicht über ein Jahrzehnt lang theoretisch und praktisch diese Künste haben erlernen müssen, gar nicht oder sehr schlecht dabei bezahlt wurden, sind schon mehrfach mit dem 35. bis 40. Lebensjahre dafür nicht mehr zu gebrauchen und gezwungen, ein Tagelöhner- oder Bettlerleben zu fristen. In den feinen Juwelen und kleinen Armbanduhrn steckt somit Augenlicht und dadurch das tägliche Brot dieser Arbeiter und ihrer Familien.

Die Metallbauarbeiter, wie Klempner oder Spengler, Elektro- und Antennemonteur, Brückenbauer, Eisenkonstruktionsarbeiter, sind ebenfalls starken Krankheitsgefahren ausgesetzt. Sie warten außerdem auf einen besseren Bauarbeiterschutz.

Aber nicht nur in den Berufen und Betrieben sind diese Gefahren, sondern auch manche Luftverseuchte Industrie-städte und Arbeiterwohnviertel sind solche. Der Staub, die Rauch-, Gas- und Säureausdünstungen sind selbst hier oft noch furchtbar.

Aus alledem ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, Gesundheit und Leben der Arbeiter mehr zu schützen. Insbesondere sind dabei folgende Forderungen zu erheben:

Der Gesundheitsschutz des Reiches, insbesondere der gewerbliche, ist entweder unmittelbar oder mittelbar dem Reichsarbeitsministerium zu unterstellen. Dieses weiß eher die

menschliche Arbeitskraft zu bewerten und weiß auch, was es kostet, wenn Mißbrauch damit getrieben wird. Heute untersteht dieser wichtige Schutz noch dem „Mädchen für alles“, dem Reichsinnenministerium. Es ist daher erklärlich, daß er dort eine Aushenbrödelstelle einnimmt.

Die für diesen Schutz bestimmten Gelder müssen auch mehr für die menschliche Gesundheit verbraucht und sowohl im Reich wie auch in den Ländern und Gemeinden bedeutend erhöht werden. So soll das Reichsgesundheitsamt von seinem Etat nur ein Drittel für Menschenheilkunde, aber zwei Drittel für die Tierheilkunde verbrauchen. In Preußen muß sich unser Kollege Hirtzfelder als Wohlfahrtsminister bis zum äußersten bemühen, um für seinen Etat etwa 10 Millionen Mark für die Volksgesundheit zu bekommen. Demgegenüber wurden aber hier allein 10 Millionen Mark für ein staatliches Theater in Berlin verausgabt. Auch für Pferderennen, Kunstwerke, Ausstellungen usw. wird bedeutend mehr Geld verausgabt als für diese Zwecke.

In der gewerbehygienischen Wissenschaft, wie auch beim Erstaten von Gutachten an Gesetzgeber, Behörden und in der Versicherungsrechtsprechung macht sich oft unangenehm, wenn nicht für Arbeiterbelange schädlich bemerkbar der Einfluß von gewerbehygienischen Arbeitgeber Syndikatis und von Fabrikärzten. Demgegenüber muß verlangt werden, daß die freie unabhängige gewerbehygienische Wissenschaft den Vorrang behält und stärker gefördert wird.

Gegenüber diesen Bestrebungen, und weil sie sich sehr gut bewährten, sind auch mehr amtliche Gewerbeärzte anzustellen. Solche haben wir im ganzen neun, und zwar nur in Bayern, Sachsen, Baden, Württemberg und Preußen. Ihre Zahl ist viel zu klein und ihre Aufsichtsbezirke sind zu groß. Außerdem müssen ihre Rechte und Befugnisse erweitert und ihre Verhältnisse zur Gewerbeaufsicht geregelt werden.

Bei vielen praktisch tätigen Ärzten besteht oft der Uebelstand, daß sie nur die gewöhnlichen, natürlichen Krankheiten kennen, weniger aber die vielen Betriebsgefahren und ihre Wirkungen: die unsichtbaren Unfälle und die Gewerbekrankheiten. Ihnen müßten deshalb die wichtigsten, die jeweilig in ihrem Tätigkeitsbereich vorkommen, besonders mitgeteilt werden. In diesem Sinne ist auch ihre Ausbildung zu erweitern. Bei der Neueinstellung von Ärzten könnten die Krankenkassen vornehmlich solche berücksichtigen, die auch gewerbehygienische Kenntnisse besitzen und für diese Fragen auch soziales Verständnis bekunden.

Ferner wird notwendig sein, alle gewerblichen Erkrankungen statistisch zu erfassen, um so mit den ermittelten Wirkungen den Ursachen eher nachgehen zu können. Dieses könnte geschehen — wie es z. B. schon der Fall ist — durch den Arzt über die Krankenkassen und Versicherungsämter, mit der jeweiligen Angabe der Art der Erkrankung, des Berufes oder der Beschäftigung.

(Schluß folgt.)

W. Mauer.

## Zum Ringen in der Nordwestgruppe

Die Lohnfrage in der Nordwestgruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller ist in ein akutes Stadium getreten. Die Verhandlungen sind bis jetzt ergebnislos verlaufen. Es ist selbstverständlich, daß die Nordwestgruppe sich bemüht, mit allen Mitteln die öffentliche Meinung mit Zahlenmaterial zuzudecken, das darlegen soll, daß eine Lohnerhöhung völlig untragbar ist und daß die Lohnalage als günstig bezeichnet werden müsse. Die beteiligten Werke liefern gerne restlos auch das letzte Material beim Arbeitgeberverband ab. Jedes Werk frisiert dasselbe vor der Ablieferung: an der Sammelstelle wird es dann nochmals sortiert und dem Zweck entsprechend fein gewürzt und der Öffentlichkeit serviert. Die Arbeiterorganisationen suchen sich ihr Material aus Zeitschriften, Zeitungen, Lohnbüten und sonstigen Statistiken zusammen. Dasselbe ist deshalb nicht so umfangreich, auch weniger sortiert, frisiert und gewürzt, aber einwandfreier und glaubwürdiger.

Diese Behauptung wollen wir im nachfolgenden beweisen: Am 26. September 1928 veröffentlichte die „Deutsche Berg-

werkzeitung“ ein Schaubild, wonach die Durchschnittsstundenerdienste der Gesamtbelegschaft in der Hütten- und weiterverarbeitenden Industrie der Nordwestgruppe im Jahre 1925 im Monatsdurchschnitt 142 (Standardzahlen 1913 zu 100) betragen, der amtliche Lebensmittelindef 140 ergab. In Wirklichkeit standen die Verdienste auf 135 und der amtliche Reichsindex auf 139. Der Stand der Verdienste ist also um 7 Punkte zu hoch angegeben, der Reichsindex um 1 Punkt, so daß der Lohnindex im Jahre 1925 um 6 Punkte unter dem Reichsindex lag. Damit ist das Schaubild welches für sich wirken sollte, zerschlagen. Wenn die Unternehmer in der ersten Verhandlung von diesem Schaubild abrückten und behaupteten, sie kennen die Darstellung nicht, dann zengt dieses Verhalten von einem bösen Gewissen.

Zweite Richtigstellung: Zum „amtlichen“ Eisenindex.

Hier handelt es sich um eine Irreführung, da die Verkaufspreise eingesetzt wurden und Inlands- und Auslandpreise durcheinander gerechnet werden. Der Großhandelseisenindex (Etabellen) betrug 1927 im Monatsdurchschnitt 133,53 M und im ersten Halbjahr 1928 137,20 M. Tatsache ist also, daß der Etabellenpreis von Dezember 1927 bis Juli 1928 um 3,67 M stieg. Die Mittelbleche stiegen in demselben Zeitraum von 152,50 auf 162,50 M, also um 10 M je Tonne. So sieht das richtige Bild aus.

**Dritte Richtigstellung:**

Am 2. Dezember 1927 teilte Dr. Poensgen dem Reichsarbeitsminister mit, daß auf Grund der Forderungen der Gewerkschaften und infolge der Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli 1927 die Betriebe am 1. Januar 1928 stillgelegt werden müßten. Mit diesem Schreiben ging gleichzeitig eine achtseitige Begründung an den Reichsarbeitsminister. Auf Seite 2 heißt es u. a.: „Es fallen 15 500 Mann unter die Verordnung, die erforderliche Mehrereinstellung beträgt 6 700 Mann.“ Diese Zahlen beziehen sich nur auf die „Vesta.“ Tatsache ist, daß nach einwandfreien Ermittlungen in drei Werken die Arbeiterzahl sich wie folgt gestaltet:

Dezember 1927		Juli 1928		plus minus	in %
Werk A	5 711 Arbe.l.	5 852 Arbeit.		+ 141	= 2,4 % +
Werk B	9 674 „	9 684 „		+ 10	= 0,1 % +
Werk C	10 801 „	10 771 „		- 38	= 0,3 % -
<b>Insgesamt</b>	<b>26 194 „</b>	<b>26 307 „</b>		<b>+ 113</b>	<b>= 0,4 % +</b>

Bei gleicher Belastung der übrigen Werke würden nicht, wie es in der Begründung heißt, 6 700 Arbeiter mehr eingestellt, sondern nach den angegebenen 88 900 Arbeiter, der „Vesta“ nur 3,3 mal 113 Arbeiter gleich 372 Arbeiter. Also auch eine Täuschung des Ministeriums und der Öffentlichkeit.

**Vierte Richtigstellung:**

Die Unternehmer behaupten, das Monatseinkommen sämtlicher Arbeiter in einem der größten Hüttenkonzerne sei von November 1927 bis August 1928 von 217 M auf 231 M gestiegen. Diese Beweisführung ist irreführend, weil die in den Monaten verarbeitete Stundenzahl und Produktion unberücksichtigt bleibt. Mit diesem Zahlenpiel ist nichts bewiesen. Unsere Ermittlungen zeigen einen anderen Weg. Das oben angeführte Werk A hatte im Dezember 1927 im Monatsdurchschnitt ein Verdienst von 226,57 — und fiel im Juli 1928 auf 215,74 M. Das Werk B weist einen Monatslohn im Dezember 1927 von 265 M nach, im Juli einen solchen von 260 M. Also nicht eine Steigerung der monatlichen Durchschnittsverdienste, sondern trotz gesteigerter Produktion ein Fallen des Durchschnittsverdienstes.

Nachdem wir die Behauptungen der Unternehmer entkräftet haben, lassen wir eine Uebersicht, wie sich die Lohnverhältnisse im letzten Vierteljahr 1927 und im zweiten Vierteljahr 1928 entwickelten, folgen:

**Uebersicht**

über die Entwicklung der Produktion, Arbeiterzahl und Löhne innerhalb der nordwestlichen Gruppe.

**Nordwest hat gekündigt — Nordwest will Kampf!**

Die Schwerindustrie legt es auf einen Kampf ab. Ergebnislos sind auch die Verhandlungen am 11. Oktober verlaufen. Den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft stand ein Nein auf Unternehmenseite gegenüber.

Die Montan-Industrie hat schnell die Kasse aus dem Eck gelassen. Ein für allemal soll das Vorwärtstreben der Hüttenarbeiterschaft unterbunden werden. „Vorsorglich“ ist daher zum 1. November die gesamte Arbeiterschaft der nordwestlichen Gruppe gekündigt worden.

Erfolgreiche Takte stehen bevor. Es gilt jetzt, dem Willen der Montanherrn eine geschlossene Front der Hüttenarbeiterschaft entgegenzustellen. Stärkste organisatorische Kräfte müssen wachgerufen werden und die Hüttenarbeiter selbst die Klammern der Stunde erkennen. Je stärker die Organisation, um so sicherer der Erfolg!

Monat	Thomaswert	Arbeiterzahl	Lohnsumme	Durchsch. Std.-Lohn	
				1927	1928
Oktober 1927	40200	251	70 880,—	114 Pfg.	111 Pfg.
November	54300	271	51 308,—	115 „	112 „
Dezember	52900	272	51 100,—	115 „	112 „
April 1928	40800	354	36 100,—	98 „	96 „
Mai	46600	380	76 500,—	98 „	93 „
Juni	47800	362	78 100,—	99 „	95 „

**Matlinwert**

Oktober 1927	35400	244	74 400,—	115 „	108 „
November	36300	172	75 800,—	120 „	115 „
Dezember	38800	244	77 800,—	122 „	117 „
April 1928	33400	250	75 200,—	123 „	119 „
Mai	35300	265	72 500,—	122 „	118 „
Juni	33700	263	73 200,—	116 „	111 „

**Blockstraße**

Oktober 1927	40500	134	36 400,—	101 „	99 „
November	45900	135	39 800,—	110 „	107 „
Dezember	42000	134	34 500,—	99 „	98 „
April 1928	38400	172	35 000,—	103 „	95 „
Mai	43400	174	41 700,—	106 „	98 „
Juni	40600	175	39 500,—	98 „	95 „

**Blechwalzwerk**

Oktober 1927	16000	157	47 738,—	117 „	113 „
November	14000	161	45 711,—	114 „	112 „
Dezember	15900	153	47 720,—	118 „	116 „
April 1928	13250	158	38 534,—	109 „	107 „
Mai	14820	164	42 178,—	114 „	113 „
Juni	17040	170	45 365,—	119 „	117 „

**Mechanische Werkstätte**

Oktober 1927		161	32 972,—	84 „	89 „
November		161	32 996,—	87 „	87 „
Dezember		160	34 396,—	88 „	88 „
April 1928		158	31 082,—	88 „	87 „
Mai		159	34 006,—	93 „	93 „
Juni		159	35 721,—	92 „	92 „

Um die ganze Haltlosigkeit der Darstellungen der Unternehmer nachzuweisen, unterbreiten wir der Öffentlichkeit folgende

**Statistik**

über die Entwicklung der Verdienste in einem großen Hüttenwerk innerhalb der Nordwestlichen Gruppe.

**Erläuterung.**

Die nachfolgenden Zahlen beziehen sich auf den Verdienst eines Walzmeisters der Blockstraße. Im ersten Halbjahr 1914 betrug der durchschnittliche Verdienst 300 M monatlich. Der Verdienst desselben Walzmeisters gestaltet sich seit Januar 1924 wie Spalte 2 zeigt.

Spalte 3 ergibt den jeweiligen Reichsindex;

Spalte 4 zeigt den prozentualen Plus oder Minus der Verdienste gegenüber dem Jahre 1914;

Spalte 5 zeigt den tatsächlichen Reallohn unter Berücksichtigung des Reichsindex und des Durchschnittsverdienstes von 300 M monatlich.

Verdienst	Januar 1914	318,91	Mark monatlich
„	Februar	288,20	„
„	März	283,69	„
„	April	308,99	„
„	Mai	306,41	„
„	Juni	299,53	„

Durchschnittlich 300 Mark monatlich

Monat	1924				1925			
	Verdienst Spalte 2	Reichsindex Spalte 3	Spalte 4 Prozent	Spalte 5 Prozent	Verdienst Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4 Prozent	Spalte 5 Prozent
Januar	192,91	110	64	16,0	403,05	124	135	100,5
Februar	221,76	104	73,5	71	458,70	135,6	152	113
März	246,9	107	82	77	435,76	136	145	107
April	252,63	112	84	75,5	372,91	136,7	124	91,5
Mai	262,40	111	87,5	76	382,21	135,5	117	95
Juni	248,76	112	83	75	374,08	138,5	124	90
Juli	361,37	116	120	104	302,28	143,2	130	91,5
August	345,10	114	115	102	374,21	145	124	87
September	350,51	116	116,5	102	368,17	144,3	123	85
Oktober	426,27	122	42	116	361,59	143,5	123	83
November	430,63	122,5	43	117	341,62	141,4	113	81
Dezember	384,91	122,0	128	104	296,53	141,2	99,5	70



Monat	1926				1927			
	Ber- dienst Spalte Mar	R. Indeg Spalte.	Spalte Prozent	Spalte 5 Prozent	Ber- dienst Spalte 2 Mar	Spalte 3 Prozent	Spalte 4 Prozent	Spalte 5 Prozent
Januar	272,5	139,5	91	66	548,45	144,1	181	126
Februar	290,86	138,7	96,5	70	479,40	145,5	160	110
März	147,82	138,3	116	84	550,30	144,7	184	126
April	124,55	139,6	108	76,5	508,60	146,4	169	115
Mai	145,04	139,3	115	83	521,40	146,5	173	118
Juni	142,95	40,1	114	81	525,85	147,7	175	118
Juli	439,29	142,4	146	102,5	554,60	150	185	122
August	187,29	142,5	161	114	581,00	166,1	194	132
September	148,34	142	165	105	535,60	147,1	177	122
Oktober	195,53	142,2	166	117	486,81	150,2	162	108
November	342,80	143,6	180	125	486,15	150,7	163	108
Dezember	514,10	144,3	172	119	456,65	151,3	153	101

1928				
Monat	Ber- dienst Spalte Mar	R. Indeg Spalte.	Spalte Prozent	Spalte 5 Prozent
Januar	506,75	150,8	170	113
Februar	467,80	150,6	153	101
März	426,25	150,6	142,5	94,5
April	388,6	150,7	130	86
Mai	410,25	150,1	136,5	90,6
Juni	395,95	151,4	129	85
Juli	421,95	152,6	140	92
August	358,85	153,5	120	98

Aus dieser Aufstellung geht klipp und klar hervor, daß der Reallohn von 1914 nicht erreicht wird.

Nun noch einige Bemerkungen über die Preisbildung und dergleichen. Die Auslandsanleihen im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet für Industrie und Handel betragen im August 1927 100 774 000 M., im April 1928 nur noch 29 400 000 M. Die Zahl der im Industriegebiet der Eisenindustrie Beschäftigten betrug trotz Verkürzung der Arbeitszeit im Dezember 1927: 213 928 und fiel 1928 im April auf 212 957. Die Erzpreise weisen nur geringe Schwankungen auf, und zwar gingen Schwedenerze im Dezember 1927 gegen Mai 1928 um 12  $\text{M}$  je Tonne im Preis zurück. Der Stahl- und Kernschrott kostete im Dezember 1927 je Tonne 58,94 M und fiel bis Mai 1928 um 2,19 M je Tonne auf 56,75 M. Diese Preissenkungen neben den Preissteigerungen der In- und Auslandspreise für Stahl und Eisen bedeuten eine wesentliche Besserung der finanziellen Lage der Werke. Hinzu kommt eine Steigerung der Kopfleistung in den deutschen Werken, eine prozentuale Verminderung des Lohnanteils durch die gesteigerten Preise für das Produkt. Durch die Einschränkung der Belegschaften, die Verhinderung der Sonntagsarbeiten, ist eine wesentliche Minderung der Gesehungskosten erzielt worden. Schließlich bedeuten die gesteigerten Löhne im Ausland auch einen wichtigen Faktor für die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Von den Gewinnen der Unternehmungen sei nur an die Abschlüsse der „Besta“ erinnert, welche trotz allem Gestöhne und Jammern des Herrn Poensgen im Dezember 1927, im Geschäftsjahr 1927/28 außer erheblichen Abschreibungen, einen Reingewinn von 52 938 000 M erzielte. Die ausgezahlte Lohnsumme betrug 490 Millionen, so daß mehr als 10 Prozent der gesamten Lohnsumme den Aktionären zufiel.

Bei Beachtung des vorliegenden Zahlenmaterials dürfte der Öffentlichkeit klar werden, daß die Gewerkschaften nicht nur ein Recht, sondern auch die Verpflichtung hatten, im Interesse der Arbeiter das Lohnabkommen zu kündigen. Die Forderung von 15  $\text{M}$  je Stunde Lohnhöhung ist berechtigt, wenn neben dem vergebachten Tatsachenmaterial nicht vergessen wird, daß die Verdienste der Facharbeiter in der Metallindustrie im Industriegebiet nach den Angaben der Unternehmer je Stunde zur Zeit 101,9  $\text{M}$ , die Durchschnittsverdienste aller Vollarbeiter im Industriegebiet 112,8  $\text{M}$  betragen.

Wenn die Unternehmer ferner behaupten, die Erfüllung der Forderungen der Gewerkschaften bedeuten eine Belastung von 100 Millionen Mark im Jahr, so wurde diese Zahl schon durch den Geschäftsführer des Verbandes, Dr. Grauert, korrigiert, welcher

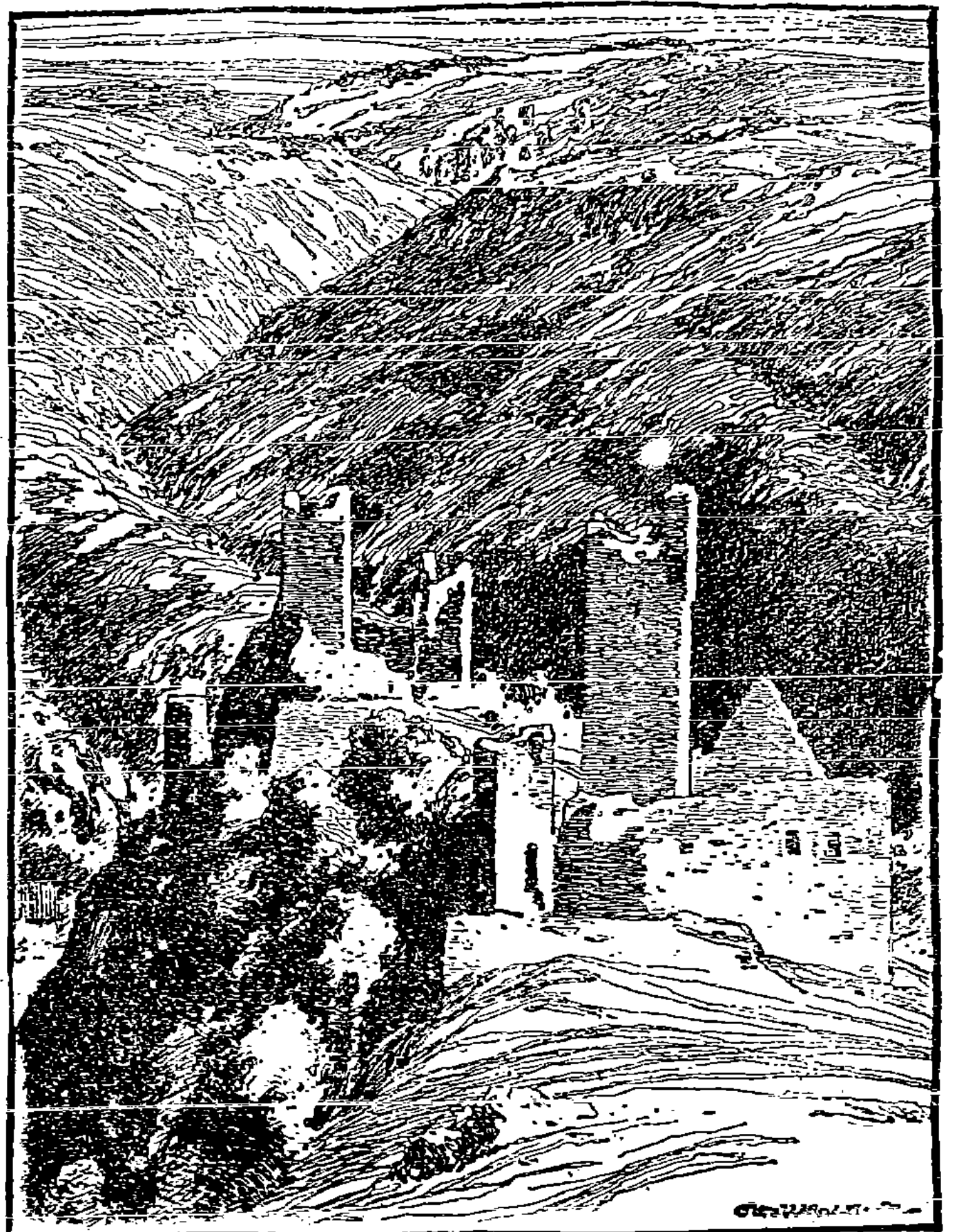
bei der letzten Verhandlung nur noch von 90 Millionen sprach. Auch diese Zahl ist noch erheblich zu hoch, weil die geforderten 15  $\text{M}$  je Stunde nur für den 21jährigen Arbeiter Geltung hat. Sämtliche Arbeiter unter 21 Jahren erhalten eine wesentlich abgestufte Zulage ebenso die Arbeiterinnen.

Die 90 Millionen Mehraufwendung bei voller Erfüllung der Arbeiterforderung kann ohne Beeinträchtigung der Geschäftslage durchgeführt werden. Dafür folgende Rechnung: Bei Zugrundelegung der Rohstahlerzeugung des ersten Halbjahres 1928, dürfte die Erzeugung im Jahre 13 Millionen Tonnen erreichen. Bei einer Preiserhöhung von 3,67 M je Tonne im Vergleich zu 1927 ergibt sich eine Mehreinnahme von 48 Millionen Mark. Die Ermäßigung des Schwedenerzpreises von 12  $\text{M}$  je Tonne ergibt ein Plus zugunsten der Werke von 1 500 000 M. Nach den Berichten beträgt der Kampffonds, welcher im Jahre 1927 vor der Nordwestgruppe gebildet wurde, 50 000 000 M. Diese Zahlen ergeben insgesamt die Summe von rund 100 000 000 M. Wenn die Unternehmer in einem Jahre 50 Millionen Mark für wirtschaftliche Kampffzwecke erübrigen können, dann dürfte damit allein schon die Rentabilität der Werke nachgewiesen sein, denn dieser Betrag ist doch aus den Ergebnissen der Produktion und nicht aus den Taschen der Unternehmer genommen worden, also gehört auch dieser Betrag den Produzierenden.

Nach diesen Darlegungen halten wir es für überflüssig, noch besonders auf den Artikel einzugehen, welcher am 10. Oktober 1928 in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ erschien, in dem sich ein Frage- und Antwortspiel mit dem Herrn Dr. Poensgen, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Nordwestlichen Gruppe und dem „großen Unbekannten“ abspielt.

Die Arbeiterschaft möge erkennen, welches Mittel sie sich bedienen muß, um in dem gewaltigen Ringen nicht zu unterliegen. Eine Niederlage in diesem Kampfe ist in Jahren kaum wieder gut zu machen. Darum sorgt in letzter Stunde, noch mehr als bisher für die Stärkung des Christlichen Metallarbeiterverbandes.

Joh. Burgartz.





# Aus den Betrieben

## Arbeitgeber, wie sie nicht sein sollen

Mit der Mitberatung und Mitbestimmung der Arbeiterschaft im Betriebe, kann sich mancher Arbeitgeber heute noch nicht abfinden. Die Rechte der Arbeiterschaft, die durch das Betriebsrätegesetz gegeben sind, glaubt man mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln zu umgehen.

Einer dieser Arbeitgeber ist die Firma Werner in Mülheim-Esternum. Bisher hatte man dort einen Betriebsrat, der von der Firma ernannt war. Aus Angst, die Arbeit zu verlieren, hat sich die Arbeiterschaft nicht aufschwingen können, ihre Betriebsvertreter zu wählen. Nachdem mehrere organisierte Kollegen den Mut fanden, mit dem bisherigen System zu brechen, wurden Betriebsvertreter auf Grund der Wahlordnung des Betriebsrätegesetzes gewählt.

Die Firma glaubte, diese Betriebsvertreter nicht anerkennen zu müssen, da dieselben nicht von ihr (der Firma) bestätigt seien. Die Kündigung zweier Betriebsratsmitglieder war die Antwort dieser Firma, auf das „unerhörte“ Vorgehen der Arbeiterschaft. Doch erstens kommt es anders und zweitens als man will. Mit der gewerkschaftlichen Organisation hatte man allen Anschein nach nicht gerechnet. Nachdem der Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes, den Arbeitgebervertreter auf den Kündigungsschutz der Betriebsvertreter aufmerksam gemacht, desgleichen auf die weitere Zahlung des Verdienstes hingewiesen, zog man es vor, die Kündigung am letzten Tage zurückzunehmen. Und die Begründung war: „Habt ihr denn geglaubt, wir hätten euch als tüchtige Arbeiter entlassen?“

Dass die Firma sich gegen eine gewählte Betriebsvertretung wehrte, liegt an den Verhältnissen, die noch in diesem Betriebe vorherrschen. Nur eins von vielen: Von einer auch nur etwa geregelten Arbeitszeit kann keine Rede sein. Selbst Lehrlinge müssen bis zu 56 Stunden arbeiten. Die Gewerbeaufsicht hat hier eine ihrer Aufgaben zu erfüllen. Mehrere Kontrollen, vor allem auch in den Kleinbetrieben, wäre ein sehr gutes Mittel zur Beseitigung dieser Mißstände. Wie viele Kleinbetriebe gibt es, wo ähnliche Verhältnisse herrschen, desgleichen noch keine gewählte Betriebsvertretung besteht?

Darum auf, ihr Kollegen in den Kleinbetrieben, helft die Reihen stärken, zum Wohle euer selbst. W. Sch.

## Reduzierung der Bücher auf dem Gebiete des Arbeitsrechts

Die meisten Kollegen, welche als Arbeitervertreter in den Betrieben tätig sind, werden sich wohl schon oft den Kopf zerbrochen haben, wie es möglich ist, daß in bezug der Kenntnisse auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, als da sind: Tarifvertragsrecht, Arbeitsgerichtsgesetz, Arbeitslosenversicherung

usw., den genannten Kollegen eine Unmenge von Heftchen, kleinen Büchern sowie ganzen Bänden zur Auswahl stehen. Für den gewöhnlichen sterblichen Kollegen entsteht hier infolge der allzu vielen Werke, welche vorliegen, ein schwieriges Arbeiten. Meiner Auffassung nach müßte gerade auch auf diesem Gebiete, wenn ich mich einmal kraß ausdrücken darf, rationalisiert werden. Es würde dadurch allen Vertretern der Arbeiterschaft ein wesentlich leichteres und vor allem schnelleres Arbeiten möglich. Jeder einzelne Kollege, welcher interessiert ist, würde sich dann auch auf dem Gebiete des Arbeitsrechts eher zurechtfinden. Gerade denjenigen Kollegen fällt es schwer, sich mit einem ganzen Komplex von Werken und Heften vertraut zu machen, welche ihr Amt als Arbeitervertreter nebenamtlich ausfüllen müssen. Vielleicht besteht die Möglichkeit, indem die Verbände darauf hinwirken, daß in diesem Punkte etwaige Änderungen vorgenommen werden, damit ein Teil der vielen Hefte und Broschüren verschwindet. G. K., Hannover.

## Der Sozialismus des Herrn K.

Vor einigen Tagen erschien in der Zeitung „Der Deutsche“ und im Verbandsorgan des Christlichen Metallarbeiterverbandes ein Artikel unterzeichnet mit P., der die unlauteren Agitationsmethoden des Gemeindevertreters und Betriebsratsmitgliedes K. bei der Firma Schlesinger, Berdohl, ins richtige Licht stellt. Diese Notiz scheint dem sozialistischen Arbeitervertreter K. schwer auf die Nerven gefallen zu sein. Er machte seinem gepreßten Herzen einige Tage nachher in einer Notiz in der Volksstimme gewaltig Luft und schimpfte nach Noten. Das sozialistische Betriebsratsmitglied K. soll Schimpffreiheit haben, zumal es im Mittelalter üblich war, daß man ein Verbrecher seiner Sünden überführt wurde, er einige Laot Schimpffreiheit bekam. Herrn K. ist nun das Mißgeschick passiert, daß er seine Schimpffanonade gegen einen ins Feld geführt hat, der mit den Artikeln in den vorhin genannten Zeitungen nichts zu tun hatte. Bei etwas genauerem Zusehen hätte Herr K. auch schon sehen müssen, daß die Notizen mit P. unterzeichnet waren. Zur weiteren Charakterisierung dieses sozialistischen Arbeitervertreters einige interessante Einzelheiten. Wir bringen nochmals in Erinnerung, daß K. außer seiner Tätigkeit als Betriebsratsmitglied bei der Firma Schl. zu gleicher Zeit auch noch ein gutgehendes Kolonialwarengeschäft und einen flotten Bierhandel hat. Außerdem ist der Proletarier K. auch noch glücklicher Besitzer eines Autos. Der Mutterwitz seiner Arbeitskollegen kaufte diesen K.'schen Wagen, „Heuschrecke“. Er hat bekanntlich die Aufgabe, von der Firma Schl. die Schlacken zum Schützenplatz zu transportieren.

Bei den Arbeiten auf dem Schützenplatz, mußte dem Herrn K. ein jugendlicher christlich organisierter Arbeiter behilflich sein. K. hat sich

## Ruf des Goldes

Jack London.

VII.

Am zweiten Abend schlugen sie nach weiteren fünfzig Meilen ihr Lager nahe der Grenze zwischen Alaska und dem nordwestlichen Territorium auf. Der Rest der Reise ging bis auf das letzte kurze Stückchen nach Dyea durch kanadisches Gebiet. Bei der schnellen Fahrt und da kein Neuschnee gefallen war, gedachte Danlight am vierten Abend das Lager von Forty Mile zu erreichen. Aber am dritten Tag begann die Temperatur zu steigen, und das bedeutete am Yukon, wie sie wußten, Schnee. Auch mußten sie sich an diesem Tage zehn Meilen weit ihren Weg durch Eisschollen bahnen und den Schlitten über riesige Eisblöcke heben. Hier nützten die Hunde nur wenig, und sowohl sie wie die Männer mühten sich ab, ohne viel weiter zu kommen. Eine Stunde Ueberarbeit am Abend brachte ihnen nur einen Teil der verlorenen Zeit wieder ein.

Als sie am Morgen erwachten, lag der Schnee zwei Zoll hoch auf ihren Schlafsäcken. Die Hunde waren ganz unter der weißen Decke begraben und wollten nur ungern ihr warmes Nest verlassen. Der Neuschnee bedeutete schwere Arbeit. Die Kufen sanken ein, und einer der Männer mußte beständig vorausgehen und den Schnee mit den Schneeschuhen festtreten, damit sie nicht umwarfen. Der Schnee ist in diesen Gegenden ganz anders, als man ihn in südlichen Ländern kennt. Er ist hart, fein und trocken wie Zucker. Er läßt sich nicht ballen und wirbelt wie loser Sand unter den Füßen auf. Er besteht nicht aus Flocken, sondern aus Kristallen — winzigen geometrischen Frostkristallen.

Es war wärmer geworden, kaum zwanzig Grad unter Null, und die beiden Männer schwitzten bei der Arbeit, obwohl sie die Ohrenklappen hochgeschlagen und die Handschuhe ausgezogen hatten. Sie erreichten Forty Mile an diesem Abend nicht mehr, und als sie am nächsten Tage dort eintrafen, machte Danlight nur halt, um Post und neuen Proviant aufzunehmen. Am folgenden Nachmittage lagerten sie an der Mündung des Klondike-River. Seit Forty Mile hatten sie nicht eine lebende Seele getroffen und sich beständig ihren Weg selbst bahnen müssen. Seit dem Herbst war noch keiner den Fluß hinauf südwärts von Forty Mile gekommen, und es konnte gut sein, daß sie den ganzen Winter die einzigen blieben. In jenen Tagen war Yukon ein einsames Land. Zwischen dem Klondike-River und East Water bei Dyea lagen sechshundert Meilen

schneebedeckte Wildnis, und auf der ganzen Strecke gab es nur zwei Stellen, wo Danlight möglicherweise Menschen treffen konnte. Beides waren isolierte Poststationen, Sixty Mile und Fort Selkirk. Im Sommer stellten sich wohl an der Mündung des Stewart- und des White-River, bei Big und Little Salmon und am Le-Barge-See Indianer ein, im Winter jedoch folgten sie, wie er wohl wußte, den Elchherden bis weit in die Berge.

An diesem Abend, an der Mündung des Klondike, legte sich Danlight nach verrichteter Abendarbeit nicht nieder. Einem Weißen hätte er gesagt, daß er die „Chance“ in sich spürte. Er schnallte sich die Schneeschuhe an, verließ die Hunde, die sich im Schnee verkrochen hatten, und Kawa, der schwer atmend unter seinem Kaninchenfell lag, und kletterte den hohen Erdrhang empor auf die weite Hochfläche. Aber dicke Lannen verperrten ihm die Aussicht und so schritt er über die Ebene und ertönte die ersten Ausläufer der dahinter liegenden Berge. Hier konnte er den Klondike, der im rechten Winkel aus Osten heranstömte, und den Yukon, der einen weiten Bogen von Süden her machte, sehen. Links, stromabwärts, gegen die Moosehide-Berge, zeigte sich der mächtige weiße Fleck, von dem sie ihren Namen hatten, klar im Sternenlicht. Leutnant Schwatka hatte ihnen den Namen gegeben, aber er, Danlight, hatte sie als erster gesehen, lange bevor der unerlöschene Forscher nach Ueberschreitung des Chilfoots auf einem Floß den Yukon hinababfahren war.

Aber den Bergen schenkte er jetzt weniger Aufmerksamkeit als der weiten Ebene selbst, an deren Seiten das Wasser tief genug war, daß Dampfer dort anlegen konnten.

„Wie geschaffen für eine Stadt“, murmelte er. „Platz für ein Lager von vierzigtausend Mann. Man muß nur Gold finden.“ Er dachte einen Augenblick nach. „Zehn Dollar die Pfanne genügen, um Scharen herbeizulocken, wie Alaska sie noch nie gesehen hat. Und wenns nicht hier ist, dann bestimmt irgendwo hier herum. Die Idee ist sicher gut. Man muß die Bängelände den ganzen Weg herauf im Auge behalten.“

Er stand noch eine Weile, sah über die einsame Fläche hinüber und malte sich aus, wie es hier aussehen würde, wenn der große Zustrom käme. Vor seinem Geiste entstanden die Sägemühlen, die Kaufhäuser, Wirtschaften und Tanzsäle und die langen Straßen der Goldgräberlieblung. Und durch diese Straße mochte der Verkehr, Tausende von Männern, während vor den Geschäften die schwerbeladenen Schlitten mit langen Reihen von Hunden standen. Er sah sie die Hauptstraße fahren und den zugeföhrenen Klondike bis zu seinen Goldfeldern hinaufsteuern.



man in seiner Unüberlegtheit dazu hinreißen lassen, zu versuchen, durch Aufschwärzen bei der Firma, diesen jungen christlichen Metallarbeiter brotlos zu machen. Er hätte vielleicht besser getan, anstatt diesen jugendlichen Arbeiter, sich selbst bei der Firma anzuklagen. Ich glaube kaum, daß es der Firma bekannt ist, daß R. den Transport mit seinem Wagen ununterbrochen, um in aller Seelenruhe in seinem Geschäft bzw. Bierhandel nach dem Rechten zu sehen. Er R. hat sich auch erneut wieder folgenden Ausdrucks bedient: „Mit den Brüdern in Christo muß aufgeräumt werden, wenn die alle im freien Verband wären stände es besser.“ Bei seiner Agitationsmethode wendet Herr R. auch den Satz an: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.“ Die christlich eingestellte Arbeiterschaft ist sich über die Auslegung dieses Satzes vollständig klar. Herr R. scheint jedoch diesen Satz zu seinen Gunsten auszulegen. Früher hat er seinem Berufskollegen beim Abladen dahingehend geholfen, indem er die Seitenflächen des Wagens lösen half. Dieses hält er jetzt nicht mehr für nötig, sondern scheint sich auf den Standpunkt zu stellen: „Wer Hilfsarbeiter ist, soll Hilfsarbeiter bleiben.“ Es scheint also wenn man sich vor Anstrengungen schützen wollte. Neuerdings bietet der Proletarier R. der Firma an, die Belieferung des Werkes mit Kartoffeln zur Wintereinfrierung zu übernehmen. Natürlich gegen entsprechenden Verdienst. Dieses trotz alledem als scharfer Konkurrent des „roten“ Konsumvereins, der die Belieferung der Kartoffeln für die Genossen übernommen hat. Ja, ja, Theorie und Praxis ist zweierlei, Freund R., auch im sozialistischen Leben. P.

### Großkämpfe in Bergbau und Textilindustrie

Der Jahresabschluß scheint uns eine Anzahl bedeutsamer und weitgreifender Kämpfe zu bescheren, die, das muß vorausgeschickt werden, diktiert wurden von den Machtgelüsten des Unternehmertums. Im ersten Falle handelt es sich um einen Streik der Bergarbeiter im „Hungerland“, wie das niederschlesische Steinkohlenrevier genannt wird. Hier lebt der Bergmann unter sehr schlechten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Tuberkulose und Skrophuloze herrschen bei den Kindern vor. Um aus den unwürdigen Lohnverhältnissen herauszukommen, stellten die Bergleute Lohnforderungen, demgegenüber auf Unternehmenseite nur ganz ungenügende Zugeständnisse standen. Nach Abbruch der Verhandlungen traten 27 000 Bergarbeiter in Streik. Wir wünschen den Kollegen im dortigen Bergbau ein erfolgreiches Beenden ihres Kampfes.

Ein Ringen von noch weit bedeutenderen Ausmaßen spielt sich ab in der niederrheinischen Textilindustrie, wo augenblicklich 50 000 Textilarbeiter in gewaltigem Abwehrkampf gegen Verschlechterungen stehen. Nach den letzten Meldungen der Tagespresse soll die Aussparung, denn darum handelt es sich, von Arbeitgeberseite noch erweitert werden. Das Textilunternehmertum treibt den Kampf um des Kampfes willen, wie der Biersener Aussparungsbeschluß beweist, wo keinerlei Differenzen und ein ungekündigter Lohnstarif bestanden. Ob die 50-Millionen-Hilfskasse der Schwereisenindustrie den Diktaturwillen der Textilunternehmer stützt, ist vielleicht nicht ganz von der Hand zu weisen. In solchen Fällen weiß nämlich die Schwereindustrie sehr genau, was sie tut.

Der Abwehrwille der Textilarbeiterschaft ist groß. Einmütig kam der Wille zum Ausdruck, daß die Textilarbeiter, vor allem die christlich organisierten, mit Zähigkeit und Entschlossenheit die Widerstände eines reaktionären Unternehmertums brechen wollen. Wir christliche Metallarbeiter stehen auf der Seite unserer kämpfenden Freunde in der Textilindustrie

und hoffen, daß es ihnen gelingen möge, die soziale und wirtschaftliche Stellung zu behaupten, die ihnen gebührt.

### Die Firma Citroën in Köln-Poll

In Nr. 38 unseres Verbandesorgans haben wir schon einige Einzelheiten von der Firma Citroën gebracht. Heute sehen wir uns leider wieder gezwungen, Dinge zu schildern, die dringend der Abhilfe bedürfen. Drei kraße Fälle wollen wir heute aufzeigen, hoffentlich ziehen die Direktion aber auch die Arbeiterschaft ihre Lehren daraus.

1. In der Sattlerei: Ein Arbeiter holt zur weiteren Verarbeitung ein Federkissen. Obermeister M. sieht dieser Arbeit zu. Er glaubt, den Kollegen antreiben zu müssen mit den Worten: „Können Sie nicht schneller gehen?“ Der Kollege glaubt seine Pflicht zu tun und gibt dem Obermeister eine entsprechend ruhige und sachliche Antwort. Der Obermeister entläßt den Kollegen fristlos. Weiterhin droht er noch, wenn er den Betrieb in 10 Minuten nicht verlassen habe, ihn mit dem Pförtner hinausweisen zu lassen. Dieser Obermeister war vor nicht langer Zeit auch noch Arbeiter.

2. Wie die Arbeiter handeln: Ein Obermeister liegt in der Meisterbude und schläft seinen Rauch aus. Die Direktion naht. Arbeiter wecken unauffällig den Obermeister. Dieser macht seinen Kotau vor den Gewaltigen. Um zu zeigen, was er leisten kann, idumpft er hier und treibt dort an.

3. An den Arbeiterrat werden Beschwerden von der Belegschaft herangetragen. Der Vorsitzende des Arbeiterrats versucht die Abstellung dieser Beschwerden durch Verhandlung mit der Direktion zu erreichen. Die Direktion empfangt in den meisten Fällen den Vorsitzenden nicht, geschweige denn den Arbeiterrat zur Besprechung der Fragen und Wünsche. Selbst die Betriebsratsitzungen müssen außerhalb des Betriebes, auf Wunsch der Leitung des Werkes, stattfinden. In keiner dieser Sitzungen hat bis heute, trotz früh- und rechtzeitigiger Einladung, die Firma teilgenommen. Die Firma glaubt das Spiel noch so lange treiben zu können, als die Arbeiterschaft nicht reiflos im Christlichen Metallarbeiterverband organisiert ist!

Tra.

# Esic Wunz

eine leitende Position in der Industrie oder in der Technik zu erringen  
Ihre Stellung zu verbessern.

## Wann erfüllt man sich!

Unzählige haben sich durch die Selbs- und Unterrichtsbriefe des System-Karnack-Hachfeld neben dem Beruf zum Werkmeister, Techniker und Ingenieur, vorbereitet und eine gute Lebensstellung gelunden. Ferner Nachholung versäumter Schulprüfungen (Obersekundareife, Abiturientenexamen) durch die Selbs- und Unterrichtsbriefe der Methode Rastin: Oberrealschule Deutsche Oberschule, Realgymnasium, Gymnasium. Ebenso kaufmännische fremdsprachliche und musikwissenschaftliche Ausbildung. **Bequeme Monatszahlungen.** Berufsberatung und Prospekte kostenlos. Lernproben zur Ansicht. **Russisches Lehrinstitut, Potsdam, Z. 254.**

Er legte sich nieder, zog den Schlaffack um Nacken und Ohrenklappen zusammen, schloß die Augen, und diesmal schlief er ein.

### Fünftes Kapitel

In Sixty Meile ergänzten sie ihren Proviant, vermehrten ihre Last um einige Pfund Briefe und fuhren dann wieder unbedröffen drauf los. Von Forty Meile an war der Weg ungebahnt gewesen, und bis Onea sollte es nun so weiter gehen. Danlight war in glänzender Verfassung, auf Kanna dagegen blieb die furchtbare Fahrt nicht ohne Einfluß. Zwar schloß ihm sein Stolz den Mund, aber die Wirkung der Kälte auf seine Lungen ließ sich nicht mehr verbergen. Der angegriffene Rand der Lungenzitzen war mikroskopisch klein, aber sie begannen jetzt abzuschalen, was einen trockenen Husten verursachte. Jede außergewöhnliche Anstrengung bedeutete einen heftigen Hustenkrampf. Das Blut trieb ihn die Augen aus dem Kopf, und die Tränen rannen ihm über die Backen. Der Rauch von der Bratpfanne genügte ihm eine halbe Stunde nach Luft keuchen zu lassen, und wenn Danlight kochte, hielt er sich daher sorgfältig auf der Windseite.

Tag für Tag, endlos kämpften sie sich vorwärts durch den weichen ungebahnten Schnee. Es war eine harte, einförmige Arbeit ohne die Freude und Erregung, die man fühlt wenn man über eine harte Oberfläche dahinsauft. Bald ging der eine, bald der andere auf Schneeschuhen voraus, es war unablässige harte Mühsal. Der Staubschnee mußte niedergedrückt werden, und bei jedem Schritt sank der breite Schneeschuh zwölf Zoll tief ein. Unter solchen Umständen erforderte die Arbeit mit dem Schneeschuh ganz andere Kräfte als gewöhnlich. Um vorwärts zu kommen, mußte der Fuß senkrecht gehoben werden. War der Schneeschuh in den Schnee eingedrückt, so stand die Spitze vor einer senkrechten, zwölf Zoll hohen Schneemauer. Wurde der Fuß beim Vorwärtsschreiten nur ganz wenig schief gelegt, so drang die Schneeschuhspitze in die Schneemauer und wippte herunter, daß er dem Mann gegen das Bein schlug. So mußte Stunde für Stunde bei jedem Schritt der Fuß zwölf Zoll gehoben werden, ehe das Knie ihn vorwärtsschieben konnte.

Dicht hinter dem Wegbahner folgten die Hunde, der Mann am Steuer und der Schlitten. Bei einer Arbeit, wie sie nur wenige Auserwählte zu leisten imstande sind, schafften sie höchstens drei Meilen die Stunde. Das bedeutete längere Arbeitszeit, und um einen Vorsprung



Danlight lachte und schüttelte die Erscheinung von sich ab, dann stieg er zur Ebene hinunter und nach dem Lager. Fünf Minuten später hatte er sich in seinen Schlaffack gewickelt. Aber er öffnete die Augen und setzte sich auf, erstaunt, daß er nicht einschlafen konnte. Er betrachtete den schlummernden Indianer neben sich, die Glut des halberlochenen Feuers, die fünf Hunde, die mit der buschigen Rute über der Schnauze dalagen, und die vier Schneeschuhe, die aufrecht im Schnee steckten. „Die verdammte Chance läßt mir keine Ruhe“, murmelte er. Seine Gedanken kehrten zum Pokerspiel zurück. „Vier Könige!“ Er grinste bei der Erinnerung. „Das war eine Chance!“

# Verbandsgebiet

Offenbach am Main. Vor kurzem fand im Schüzenhof eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Jang erstattete Bericht über den Stand der Verwaltung im ersten Halbjahr 1928. Die günstige Konjunktur in der Metallindustrie hat auch in den Anfangsmonaten noch angehalten, weshalb in der Agitation auch ichöne Erfolge verzeichnet werden konnten. Der Mitgliederzugang war ein recht stattlicher, auch in der Frage der Einnahmen und Ausgaben konnten wir rund 10.000 M der Zentrale überweisen, nach Abzug aller Auslagen, besonders an Unterstützungen. Zur Erhöhung der Einnahmen, besonders auch die der Lokalkasse, wurden die Mitglieder erneut dringend gebeten ihre Beiträge in der richtigen Beitragsklasse zu bezahlen. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß möglichst keine Beitragsrückstände entstehen sollen, denn jeder Pfennig Rückstand, schwächt die Stofkraft des Verbandes. Die Schulungsfrage unserer Mitglieder soll besonders in den kommenden Monaten behandelt werden, durch regelmäßige Versammlungen und Vertrauensmännerbesprechungen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde Stellung genommen zu den noch nicht anerkannten Berufsfrankheiten. Zunächst wurde gezeigt, welche gewerbliche Berufsfrankheiten bis jetzt anerkannt sind, durch die Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufsfrankheiten vom 12. Mai 1925. Das sind noch sehr wenige, besonders für die verarbeitende Metallindustrie, müssen noch mehrere anerkannt werden. Unser Verband hat auf diesem Gebiete schon immer Hervorragendes geleistet, und die 12. Generalversammlung in Saarbrücken hatte auch wieder als Motto: „Schutz der Gesundheit und dem Leben des Arbeiters.“ Wir wollen hoffen, daß unsere Forderungen bei der Reichsregierung Gehör finden, zum Wohle des Arbeiterstandes sowie des ganzen Volkes. Es wurden noch praktische Fälle bekannt gemacht, wo Kollegen keine Unterstützung erhalten, indem das Gesetz noch eine Lücke hat. Jeder Unfall und jede Erkrankung, die irgendwie mit dem Berufe in Zusammenhang steht ist der Verbandsleitung zu melden, damit für die kommenden Verhandlungen Material zur Verfügung steht.

Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende, Kollege Heil, die anwesenden Mitglieder, alles daran zu setzen, daß wir immer mehr unsere Mitgliederzahlen steigern können und schloß die so anregend verlaufene Versammlung.

Kaiserlautern. Unter dem Vorsitz des Kollegen Trinkauss hielt die Geschäftsstelle Kaiserlautern ihre diesjährige gut besuchte Herbstkonferenz ab. Nach einem kurzen Bericht des Kollegen Lorch über die wirtschaftliche Lage im Bezirk erstattete der Kollege Straßer den Bericht über die Verbandsgeneralversammlung in Saarbrücken. Nach einem kurzen Hinweis auf den äußeren Auftakt der Generalversammlung befaßte er sich mit dem Beratungstoff während der Generalversammlung und konnte unter dem Beifall aller feststellen, daß dort, wo christliche Metallarbeiter zu ernstern Beratungen zusammenkommen, überall Einigkeit

und Geschlossenheit besteht, aber auch der Wille vorhanden ist, alles zu tun, die Lage der Metallarbeiterschaft zu bessern.

Im Anschluß daran sprach Kollege Dick (Saarbrücken) über unsere Zukunftsaufgabe. In meisterhafter Weise verstand er es, die große, schwierige Arbeit, die der Verband seit seinem Bestehen geleistet hat, aber auch welche Riesenarbeit noch zu leisten ist, den Versammelten vor Augen zu führen. Einen besonderen Appell richtete er an alle, in den nächsten Wochen und Monaten sich eifrig an der Agitation zu beteiligen, damit der Erfolg der diesjährigen Herbstagitation in unserem Gebiete ein guter ist. Mit großem Beifall wurden seine Ausführungen entgegengenommen. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten auch in bezug auf Beitragshöhe und Leistung konnte der Kollege Trinkauss die gut verlaufene Konferenz schließen. Lorch.

## Buchbesprechung

„Einst und Jetzt“ in der wirtschaftlichen und sozialen Lage der deutschen Arbeiterchaft. Von Heinrich Kreil. Christlicher Gewerkschaftsverlag, Köln. 92 Seiten, broschiert. Mitgliedspreis 75 Pf.

Unser Freund und Kollege Kreil, eine der rühmlichsten und kenntnisreichsten Persönlichkeiten auf Arbeitnehmerseite im Reichswirtschaftsrat, hat sich durch diese Schrift ein unzweifelhaftes Verdienst um die Erweiterung der Aufklärungsarbeit in der christlichen Arbeiterchaft errungen. In nüchternen Strichen stellt er die Verhältnisse der Arbeiterchaft von früher denen von heute gegenüber, wobei es ihm selbstverständlich darauf ankommen mußte, gerade das jetzt Errungene, das vielfach so gering geachtet wird, in das klare Licht der Tatsachenbewertung zu stellen. Der Abschnitt „Ein Programm und seine Erfüllung“ bietet das beste Material für die Kursarbeit in unseren Ortsverwaltungen während der Winterzeit. Wir empfehlen diese Schrift nachdrücklichst unseren Kollegen.

Eine Stellungnahme zu einem Buch ist persönliche Angelegenheit des Kritikers. Wir würden deshalb auch kein Wort über die Darstellung des „Bergknappen“ über die Schrift von Kollegen Kreil verlieren, wenn die Kritik des „Bergknappen“ nicht geradezu von Unsachlichkeiten und hämischen Bemerkungen strotzte. Eine solche Art läßt die geringsten Formen kollegialen Anstandes und journalistischen Taktes vermissen. Im übrigen bedauern wir im Interesse der Bewegung, daß der „Bergknappe“ durch eine solche Art von Kritik weiten Kreisen einen erneuten Beweis für ihre Unnützigkeit liefert, daß der „Bergknappe“ nicht mehr ernst genommen werden könnte; eine Ansicht, die jedoch unsern Wunsch um so stärker hervortreten läßt, daß das Gegenteil richtig sein möchte. W.

zu gewinnen für den Fall, daß ihnen etwas Unerwartetes zustößen sollte, führen sie zwölf Stunden täglich. Da das Aufschlagen des Lagers und das Kochen der Bohnen drei Stunden erforderte, blieben ihnen nur neun Stunden für Schlaf und Ruhe, und weder Mensch noch Hund vergaßte eine Minute von diesen kostbaren neun Stunden.

In Selkirk, der Poststation in der Nähe des Vello-River, schlug Daylight vor, daß Rama hierbleiben und wieder zu ihm stoßen sollte, wenn er von Orea zurückkäme. Ein vom Le Barge-See hierher verschlagener Indianer hatte sich bereit erklärt, seinen Platz einzunehmen; aber Rama war halstarrig. Er grunzte mit einer schwachen Andeutung von Empfindlichkeit, und damit war die Sache erledigt. Dagegen wechselte Daylight die Hunde, ließ das erschöpfte Geipann zurück, damit die Tiere sich bis zu seiner Rückkehr ausruhen, und zog mit sechs frischen weiter.

Um zehn Uhr erreichten sie Selkirk, und am nächsten Morgen um sechs Uhr befanden sie sich wieder auf der Wanderung durch die weite Einöde nach dem fast fünfhundert Meilen entfernten Orea. Eine zweite Kälteperiode kam, aber ob kalt oder warm, der ungebahnte Weg blieb immer gleich. Wenn das Thermometer auf fünfzig Grad herunter ging, war die Reise ebenso beschwerlich, denn bei dieser niedrigen Temperatur widerstanden die harten Eiskristalle den Schlittensufen wie Sandkörner. Die Hunde mußten eben stärker ziehen als auf demselben Schnee bei zwanzig bis dreißig Grad unter Null. Daylight verläumerte die tägliche Arbeitszeit auf dreizehn Stunden. Er wachte eifersüchtig auf den genommenen Vorsprung, denn er wußte, daß noch schwierige Stellen kamen.

Es war erst Mitte Dezember, und der ungestüme Fifty Mile-River rechtfertigte seine Befürchtungen. An vielen Strecken war er offen und nur am Ufer entlang von unsicherem Eis bedeckt. An zahlreichen Stellen, wo das Wasser gegen die steilen Felsufer brach, konnte sich überhaupt kein Eis bilden. Sie machten Umwege, gingen hier über den Fluß und dort wieder zurück und mußten es oft ein dutzendmal versuchen, ehe sie einen Weg über eine besonders schwierige Stelle fanden. Es ging nur langsam vorwärts. Die Eisbrücken mußten geprüft werden; einer von ihnen schritt dann mit den Schneeschuhen an den Füßen und einer langen Stange quer in den Händen voraus. Brach das Eis, so konnte er sich an die Stangeklammern. Ein solcher Unfall begegnete beiden

mehrmals. Bei fünfzig Grad unter Null kam ein Mann, wenn er bis zum Gürtel nass geworden ist, nicht sofort weiterreisen, ohne zu erstarren, so daß jedes Bad eine neue Verspätung bedeutete. Sobald der Mann herausgezogen war, begann er, so nass wie er war, auf und ab zu laufen, um sein Blut in Zirkulation zu halten, während sein trockener Gefährte ein Feuer anmachte. Unter dessen Schutz konnte dann die Kleidung gewechselt und das nasse Zeug bis zum nächsten Unfall getrocknet werden.

Das schlimmste aber war, daß die gefährliche Reise nicht in der Dunkelheit fortgesetzt werden konnte und sich der Arbeitstag daher auf sechs Stunden beschränkte. Jede Minute war kostbar, und sie bestrebten sich, nicht eine zu verlieren. So war, ehe noch der erste Schimmer des grauen Tages dämmerte, das Lager abgebrochen, der Schlitten beladen, das Geipann angeschirrt, und die beiden Männer kauerten sich wartend an Feuer nieder. Selbst mittags machten sie keinen Halt mehr. Und doch waren sie weit hinter ihrer Zeitberechnung zurück, und jeder Tag verschlang ein Stück des Vorsprunges, den sie anfangs gehabt hatten. Es gab Tage, an denen sie fünfzehn Meilen und Tage, an denen sie ein Duzend zurücklegten. Und auf einer besonders schlimmen Strecke brauchten sie zwei volle Tage für neun Meilen, da sie gezwungen waren, den Fluß zu verlassen und den Schlitten über die Berge zu tragen.

Zuletzt bezwangen sie aber den furchtbaren Fifty Mile-River und erreichten den Le Barge-See. Hier gab es weder offenes Wasser noch Eisbarrieren. Auf einer Strecke von dreißig Meilen oder mehr lag der Schnee so eben wie eine Tischplatte, aber drei Fuß hoch und weich wie Mehl. Drei Meilen die Stunde waren das höchste, was sie leisten konnten, aber Daylight feierte den Abschied vom Fifty Mile-River, indem er bis zum späten Abend fuhr. Um elf Uhr morgens war der See vor ihren Augen aufgetaut. Als die arktische Nacht sich um drei Uhr nachmittags herabsenkte, konnten sie in der Ferne sein Ende erblicken, und beim ersten Sternenschein war es erreicht. Um acht Uhr abends ließen sie den See hinter sich und fuhr in die Mündung des Laves-River ein. Hier wurde eine halbstündige Rast gemacht und Stücke der kalten gefrorenen Bohnen aufgetaut, während die Hunde eine Extraportion Fisch erhielten. Dann legten sie ihren Weg flufaufwärts fort, bis sie um ein Uhr nachts ihr Lager aufschlugen.

(Fortsetzung folgt)



## Metallarbeiterhausfrau und Werbetätigkeit

Die Frauen unserer Kollegen, vor allem jedoch auch die Arbeiterinnen selbst, haben in den letzten Tagen wieder mehr von Werbetätigkeit zu Haus und im Betrieb gehört. Während jedoch die Arbeiterin selbst mitten in diesen Strömungen steht und hoffentlich mit fortgerissen wird, geht der Wellenschlag der Agitation vielleicht in nicht so starkem Maße bis in die Familie des schon organisierten Kollegen.

Und doch kommt es gerade auch auf diese Metallarbeiterfamilie an. Soll eine Werbeaktion Erfolg haben, dann müssen alle Räder und Rädchen wie in einem Uhrwerk ineinandergreifen. Dabei kann man Sinn und Willen der Metallarbeiterfamilie nicht entbehren.

Zu sagen, warum eine großangelegte Werbetätigkeit notwendig ist, dürfte an sich überflüssig erscheinen. Wir wollen hier nur ein Moment herausgreifen, das die Notwendigkeit der Agitation im hellsten Lichte erstrahlen läßt. Solange es noch viele Unorganisierte gibt, ist die gesicherte Existenz der Arbeiterfamilie gefährdet, ihre materielle Lage stärkeren Schwankungen ausgesetzt und Lohn, Arbeitszeit, Recht und Aufstieg der arbeitenden Schicht zum mindesten starken Hemmungen unterworfen.

Um diese Hemmungen zu beseitigen, geht der organisierte Kollege, der Vertrauensmann, fast Sonntag für Sonntag los und wirkt und schafft und arbeitet. Für den Verband gewiß zunächst; aber alle Verbandsarbeit, die der Vertrauensmann leistet, ist im Grunde doch nicht anderes als hoher Dienst an seiner Familie. Und mag er vielleicht an manchem schönen Sonntag stundenlang auf Agitation sein und mag ihn die Frau vermissen, so mag sie sich doch das eine stets vor Augen halten: „Mein Mann arbeitet auch jetzt für mich und die Kinder.“ Und das ist doch sicher auch ein freudiges und stolzes Gefühl.

Wie kann sich jetzt nun die Metallarbeiterfrau selbst an der Werbeaktion betätigen?

Wir wollen ihr nur ein paar anscheinend kleine, aber für Familie und Verband wichtige Ratschläge geben. Wenn sie diese befolgt, hat sie wahrlich genug getan.

1. Die Metallarbeiterhausfrau muß sich stärkstens von Geist und Zusammengehörigkeitsgefühl im Christlichen Metallarbeiterverband durchdringen lassen. Der Verband muß ihr Verband sein, seine Stärkung ihre Hoffnung und seine Kraft ihr Stolz sein. Diesen Glauben muß sie lebendig halten, auch vielleicht für jene Tage, wenn der Mann einmal lau werden sollte. Sie soll es sich als Motto einprägen: Der beste Schutz für die Familie ist der Verband.

2. Daraus ergibt sich, daß die Metallarbeiterhausfrau regeren Anteil nimmt an den Geschäften des Verbandes, sie wird das Verbandsorgan lesen, sie wird auch mal die Versammlungen mit-

besuchen, sie wird in echtem christlichem Arbeitergeist auf ihre Kinder einzuwirken sich bestreben.

3. Dann wird sie einsehen lernen, daß ein Verband seine großen Aufgaben nur erfüllen kann, wenn er starke Finanzen hat. Diese braucht er, um den Ansturm des Unternehmers abzuwehren, um bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Streik, Maßregelung, Ererbefall den Mann und die Familie zu unterstützen. Dazu kommt jetzt die Altersinvalidenunterstützung die bei Alter und Invaliderität die Familie stützt. (Wir bitten, den Leitartikel in dieser Nr. über Altersinvalidenunterstützung einmal gut durchzulesen zu wollen).

4. Die Metallarbeiterhausfrau erkennt dann, daß sie um so sicherer den Schicksalsschlägen entgegensprechen kann, wenn ihr Mann in der für ihn zuständigen Beitragsklasse seine Beiträge bezahlt. Danach allein regelt sich auch die Unterstützung. Die zuständige Beitragsklasse ist aber durchweg die 1. Klasse. Und nun mag die Hausfrau einmal nachsehen: Da findet sie vielleicht, daß ihr Mann in der 2. Klasse bezahlt, daß er also nur um ein paar Groschen in der Woche halber seinen Verbandsverpflichtungen nicht nachkommt und seine Familie nicht so schützt, wie er es als sorgfamer Familienvater tun sollte. Und das kommt noch häufig vor. Oder sollte gar etwa die Frau selbst der Grund sein, warum der Mann nicht in der richtigen Klasse bezahlt? Wie möchten das um so weniger glauben, weil doch die Frauen im allgemeinen gute Rechner sind und gerne 20 Pfg. bezahlen, wenn sie

später 1 Mark mehr dafür erhalten können. Sollte es aber doch der Fall sein, dann wird die Metallarbeiterhausfrau sich hoffentlich im eigensten Interesse schnell umstellen und dafür sorgen, daß ihr Mann in der richtigen Beitragsklasse bezahlt.

5. Und zum Schluß noch eins: Neben der Verbandsarbeit gilt es besonders, auch an unsere sonstigen Einrichtungen zu denken. Ihre Waren kauft eine denkende Metallarbeiterhausfrau in den uns nahestehenden Konsumvereinen: wenn sie ein paar Spargroschen hat, so bringt sie sie zu unserer Deutschen Volksbank: und wenn eine Versicherung notwendig ist, so wird das bei unserem Deutschen Versicherungskonzern gemacht.

Wenn die Frau das befolgt, dann hat sie für ihren Teil genügend sich an der großen Werbeaktion beteiligt. Sicherlich mag das in Einzelfällen aus verschiedenen Gründen nicht immer leicht sein, aber die kluge Metallarbeiterhausfrau weiß, was auf dem Spiele steht. Sie blickt hin auf ihre Familie, auf ihre Brüder und Schwestern im Christlichen Metallarbeiterverband, mit denen zusammen sie doch vorwärts und aufwärts will, und dann möchte auch ein Schwere leicht werden.

G. W.



Grete Schick

Sebet

## Genossenschaft und Arbeiterfrau

In höherem Maße als der Mann ist die Frau ihrer ganzen Eigenart nach ein soziales Wesen. Das Leben des Mannes spielt sich nicht nur beruflich, sondern auch innergedanklich zu einem großen Teile außerhalb der Familie ab. Als Gattin und Mutter

Standesorganisationen haben sich die Männer ihre Interessenvertretung geschaffen, die Interessen der Hausfrau liegen in der Konsumgenossenschaft. Sie unterstützt sie in ihrem Streben nach rationaler Wirtschaftsführung. Man spricht und schreibt heute so viel

bildet die Frau dagegen den Mittelpunkt der Familie und sie ist Trägerin des Gemeinschaftsgedankens und Gemeinschaftslebens in seiner reinsten Form. Von hier aus hat die Frau eine starke und lebensnahe Beziehung zur Genossenschaft, deren tragende Idee der Gemeinschaftsgedanke ist. Eine bekannte Führerin der holländischen Frauenbewegung hat einmal gesagt: „Die Genossenschaft, insbesondere die Konsumgenossenschaft, ist ein so hervorragendes Gebiet der Frau, daß man sich wundern muß, daß sie sie nicht erfunden hat.“ Und in der Tat — die Frauen haben sich in der Genossenschaftsbewegung einen absolut ausschlaggebenden Einfluß erworben. Ganz besonders trifft dies natürlich auf die

Konsumgenossenschaften zu, die als Vermittler der Lebensbedarfsüter dem Interessen- und Machtbereich der Frau am nächsten kommen. Schon die Gründer der ersten bedeutenden Konsumgenossenschaft, die 1844 in Rochdale in England entstand, erkannten ihre Abhängigkeit von der Mitarbeit der Frau, und in einem Bericht aus dieser Zeit heißt es: „Wenn das Interesse der Frauen nicht ganz für eine solche Sache gewonnen wird, so ist der Erfolg der Sache immer nur ein sehr beschränkter.“ Heute kann man speziell von den Konsumgenossenschaften ruhig behaupten, daß sie mit dem guten Willen der Frauen zur Mitarbeit stehen und fallen.

Die Konsumgenossenschaft ist recht eigentlich die Organisation der Frauen, vor allem der Arbeiter-Hausfrauen. In Gewerkschaften, Berufs- und



Zwei Zeiten

über „Rationalisierung“ auf allen Gebieten, nicht zuletzt auch auf dem der Haushaltsführung. Aber die meisten Hausfrauen sind nicht in der Lage, sich die teuren Möbel und Haushaltsmaschinen anzuschaffen, die zu einer „rationalisierten“ Küche gehören. Rationell wirtschaften kann die Hausfrau aber auch ohne dem, wenn sie Mitglied einer Konsumgenossenschaft ist. Hier erhält sie gute und preiswerte Waren, vor allem unverfälschte Lebensmittel, mit denen sie Gesundheit und Lebensfreude in den Kreis der Ihren hineinbringt. Und auf dem Wege über die Rückvergütung, durch die sie am Erfolg ihrer Konsumgenossenschaft teilnimmt, trägt sie zum wachsenden Wohlstand ihrer Familie bei.

Die Konsumgenossenschaften haben der Bedeutung der Frau für ihre Sache weitgehend Rechnung getragen. Nicht nur als Mitglied (als Käuferin) ist sie ihnen willkommen, sondern sie bieten ihr innerhalb ihrer Reihen auch wertvolle berufliche Möglichkeiten. Sei es im Abgabe- oder Büropersonal sei es als Kindergärtnerin oder Frauensekretärin, sei es in der Redaktion der Zeitschriften, sei es in der Verwaltung selbst, überall finden sie dankbare Aufgaben, die ihrer besonderen fraulichen Eigenart entsprechen. In rechtlicher Beziehung genießt sie neben dem Manne volle Gleichberechtigung.

Wenn die Genossenschaftsbewegung, insbesondere die der Konsumgenossenschaften, in den letzten 25 Jahren eine so ungeahnte starke Entwicklung genommen hat, so darf das vor allem die Frauen mit Stolz und tiefer Genugtuung erfüllen. I. L.

## Arbeiterfamilie und Sozialpolitik

Erziehung bedeutet uns ein Dreifaches: die körperliche Entwicklung fördern durch bestmögliche Deckung der leiblichen Bedürfnisse, wie Kleidung, Nahrung und Obdach, also Verwirklichung der materiellen Voraussetzungen. Erziehung bedeutet uns aber auch Vermittlung der Sprache und damit Näherbringen der Begriffsumwelt, der Dinge der Welt des kleinen Kindes; Erziehung ist uns schließlich die geistig-seelische Beeinflussung des Menschen in Übertragung und Aufbau der idealen Werte im Menschen, der seelischen Tugenden, wie Wahrhaftigkeit, Treue, Redlichkeit, Ehrfurcht vor dem überkommenen guten Alten und insoweit Pflege der Tradition, Sinn für Volkstum und Brauchtum der Alten, Anerkennung der Autorität, Reinheit der Sitten, Schamhaftigkeit, Jungfräulichkeit, Mütterlichkeit usw. Diese Eigenschaften sind es, die allein den Charakter eines Menschen bestimmen und nach denen sich in erster Linie die Einschätzung eines Menschen zu richten hat. Nicht Besitz, nicht Doktor- und Ingenieurdiplome machen zum immerlich gebildeten Kulturmenschen, sondern diese sittlichen, seelischen Eigenschaften sind es, die für den Wert eines Menschen maßgebend sein müssen. Wahre innere Kultur wächst nur auf dem Boden der Familie als der von Gott gegebenen, alle Veränderungen in der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung überdauernden Gemeinschaft, der Grundlage aller Gemeinschaften.

Den Einfluß der wirtschaftlichen Umgestaltung auf die konkreten Erscheinungsformen des gesellschaftlichen Lebens hat Adolf Kolping richtig erfaßt. Kolping wirkte in einer Zeit der Wende, der Umbildung der handwerksmäßigen Produktion zur industriellen Erzeugung im Zeitalter der beginnenden Verkehrswirtschaft und des aufsteigenden Kapitalismus. Er bewies, daß die Familie auch in dieser Zeit ihre große Aufgabe, die erste Erziehungsgemeinschaft zu sein, durchführen könne, vorausgesetzt, daß die Menschen sich jener Kraftquelle bedienen, wie sie Gott in der von ihm gestifteten Kirche den Menschen zur Verfügung gestellt hat, und die Aufgabe der Familie durch soziale Hilfseinrichtungen unterstützen und weiter ausbauen. Kolping erkannte mit dem Blick des wirklich großen Führers, daß die geänderten Verhältnisse auch neue Wege notwendig machen, neue Einrichtungen erfordern, um die Erziehungsaufgabe der Familie zu ergänzen, wohlgemerkt, zu ergänzen, nicht zu ersetzen. Organisationen und sonstige soziale Institutionen dürfen auch auf christlicher Seite nicht zu einer Ueberorganisation aufgetürmt werden, die Familienleben unmöglich macht und vielfach an die Stelle der Familie treten will.

Der beginnende Kapitalismus hatte die Menschen räumlich genähert. Er zwingt die Söhne und Töchter, die früher bis zur Reife im Elternhaus aufwuchsen, viel früher in neue Verufe und neue Lebenskreise hinein. Hier reicht die Familie allein



nicht mehr aus. Im Lebenskreise der gebundenen Wirtschaft, in ihrer Durchdringung mit religiösem Geiste erwuchs eine soziale Ethik, die allgemeine Anerkennung genoss. Die moderne Sozialbewegung von heute ist eine Massenbewegung. Schlechten massenpsychologischen Einflüssen entgegenzuwirken ist und bleibt die Aufgabe der christlichen Gewerkschaften, der katholischen Ständevereine, der Gesellen-, Jugend-, der Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine usw.

Die geistigen Grundlagen der frühkapitalistischen Entwicklung haben zum Teil eine antireligiöse, eine antichristliche Richtung gezeigt. Die liberale Weltanschauung, die an die volkswirtschaftliche Lehrmeinung anknüpfte, forderte Freiheit für die Wirtschaft in jeder Beziehung. Auch Freiheit von solchen Bindungen, wie sie Religion und Moral dem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und auch politischen Leben eines Volkes auferlegen. Die geistigen und materiellen Folgen, die sich für unsere Frage daraus ergeben, hat kein Beringer als der große Bischof Ketteler erschütternd gekennzeichnet: „Es steht außer Zweifel, daß ein gewisser Grad der Entwicklung des heutigen Wirtschaftssystems, welcher in einigen Ländern eine körperlich, geistig und moralisch krüppelhafte, den Gnaden des Christentums unzugängliche Fabrikbevölkerung mit innerer Notwendigkeit herangezogen hat, mit der Würde des Menschen, geschweige denn des Christen, mit der von Gott gewollten Bestimmung der Güter dieser Welt zum Unterhalt des Menschengeschlechtes, mit der von Gott gewollten Fortpflanzung, Pflege und Erziehung des Menschen durch die Familie . . . im offenen Widerspruch steht.“

Es ist kein Zweifel, daß die industrielle Entwicklung in ihrem Anfang und bis in die jüngste Zeit herauf familienfeindlichen Tendenzen Vorschub geleistet hat. Der freie Wettbewerb, das Spiellassen der eigenen Kräfte zwang zur genauen Durchleuchtung der Kosten. Wenn die Konkurrenzfähigkeit bedrängt war, galt es, in der Kostentrechnung nachzuprüfen, wo an Kosten herabgesetzt werden könnte. In Rohstoff, Maschinen und Gebäuden Kapital zu sparen, verbot gerade die Konkurrenzfähigkeit mit Rücksicht auf die Qualität der Ware. Den eigenen Gewinn zu schmälern, fiel niemanden ein. Nichts war naheliegender, als die Kosten für Arbeitslöhne herabzusetzen; billiger als qualifizierte Arbeiter, als Facharbeiter, als geschulte Arbeitskräfte kamen ungelernete Hilfsarbeiter, die gleich nach der Schule oder schon während der Schulpflicht herangezogen werden konnten. Billiger als die Männer kamen die Frauen und die Kinder. Kostenerwägungen führten fast von selber zu immer stärkerer Heranziehung der Frauenvelt, der Kinder und Jugendlichen in der modernen Industrie. Die Senkung

des Lohnes zwang die Eltern, ihre Kinder frühzeitig zum Verdienen anzuhalten und beschleunigte das Unwachsen Ungelernter. Sie verdrängt den Facharbeiter und stellt den angelernten Arbeiter in den Vordergrund! Zu den materiellen Voraussetzungen des Familienlebens gehört auch die Wohnung. Auch hier hat der junge Kapitalismus gesündigt. Im Wohnungsbau trugen kapitalistische Interessen über sozialpolitische Erwägungen den Sieg davon. Auch heute noch bildet die Wohnungsnot eine schwere Gefahr für das Familienleben, insbesondere für die heranwachsende Jugend. Die Atmosphäre der Fabrik und die Atmosphäre in der elterlichen Wohnung lassen Sinn für glückliche Häuslichkeit, für männliche Ritterlichkeit und frauliche Mütterlichkeit schwer aufkommen. Das Kino, die Tanzstätte, der Sport und zweifelhafte Vergnügungstätten werden dann die Zuflucht. Wer kann glauben, daß aus solcher Jugend gute Familienväter und Familienmütter werden können. (Schluß folgt.)  
Dr. Schmitz.



Sigriff

Hinter dem Ofen

### Von „dene Wibervölker“

Wi. Vor einigen Tagen bin ich durch die schwäbischen Reichsstädte gezogen, saß in mancher dunklen, von Rauch geschwängerten Stube, trank auch mal einen Schoppen „Heuringen“ und sah mir Volk und Land an. Es hat so jedes Nest im Schwabenland seine Eigenart, darauf besteht es hartnäckig. Jeder ist am liebsten seiner Hahn auf seinem Nest. Aber in einem scheinen sie alle über einen Leisten geschlagen zu sein ob es der selige Hansjakob, der alte würdige Bauernpfarrer und Demokrat von Haslach ist, ob es der Bauer aus dem Ries bei Nördlingen oder der Metzgermeister in Weil der Stadt ist: Alle habens mit „dene Wibervölker“ Unter uns gesagt, freuen sie sich ja doch, daß die Wibervölker, die Frauen existieren. Aber nach außen hin „krazt“ man sich dran und dichtet den lieben Frauen allerlei Uebles an.

Vor allem findet man solche „Lobsprüche“ auf den Ofentafeln der Bauernhäuser westlich von Stuttgart, besonders im Calver Wald. Diese Ofentafeln sind eine Wandverkleidung hinter den Ofen, die teils als Schutz gegen Feuergefahr, teils als Verzierung dienen. Ehrsame Häfnermeister verfertigten sie, brannten Figuren darauf ein und gaben aus dem Schutze ihrer Erfahrungen allerlei Sinnsprüche darauf zum besten. Woson diese Sinnsprüche berichten: Zunächst von der Liebe dann, auf gleicher Stufe stehend, vom Essen und Trinken; von der „Drotzeit“ hält man allerweil dort sehr viel (der Mann des Fuldaer Landes kleidet dieses

Begehren in die häufig wiederkehrenden Worte: „Wie wärs, wann mer ebes äße!), dann auch zur Abwechslung Sätze aus dem religiösen Leben. Daneben stehen Strophen aus Handwerksburschenliedern und dann kommen unendlich viele „Merksprüche“ auf Schwiegermütter, alte Frauen und böse Weiber. Wenn man so eine Wandseite heruntergelesen hat, glaubt man im Moment nur noch an „böse Weibaleut“, aber eine Viertelstunde später ist man gottlob wieder besserer Ansicht.

Aber alles in allem sind diese Ofenplatten mit ihren Sprüchen ein Stück unverfälschten Volkshumors, ja echter Volkskunst. Zu Ruß und Fronnen will ich hier einige Sentenzen herlesen, die man auf den alten Ofenplatten finden kann. Für jeden ist sicher eine dabei, die auch ihm etwas zu sagen hat.

Lieben, Freien, Hochzeit machen,  
das sind drei recht schöne Sachen.  
Lieben und geliebet werden,  
ist das höchste Glück auf Erden,  
lieben und kein' Freud' dabei  
schmeckt als wie ein Wasserbrei.

Jugend und Freude sind ewig verwandt:  
es knüpft sie beide ein himmlisches Band.

Jungfern, wollt ihr Rosen brechen,  
gebt acht, daß nicht die Dornen stechen!

Eine harte Nuß, ein stumpfer Zahn,  
ein altes Weib, ein junger Mann  
zusammen sich nicht reinet wohl;  
ein jedes feinesachen nehmen soll.

Wenn einer etwas verichwiegen will haben,  
so darf er es nur seinem Weibe sagen.  
dann bleibt es in ihrem Herzen verichlossen,  
als hätte man Wasser in ein Sieb gegossen.

Die Weiber, das Wasser und das Feuer,  
das sind drei große Ungeheuer.

Sechsmal sechs ist sechsunddreißig,  
ist der Mann auch noch so fleißig  
und die Frau ist liederlich,  
gehelt alles hinter sich.



Ofenplatten in einem Bauernhaus in Wülzburg.

# Ärztliche Ratsschläge

## Licht und Luft als Heilmittel im Kindesalter

Die ärztlichen Anschauungen über den Wert von Licht und Luft und ihre Bedeutung für das gesunde und kranke Kind haben sich früher gründlich gewandelt. Früher bestand die Furcht vor der frischen Luft; so warnte man zum Beispiel bei den Mätern vor unvorsichtiger Lüftung des Krankenzimmers in der dunklen Vorstellung, daß frische Luft Schaden könnte. Demgegenüber berichtet Professor Nobel in Wien in der „Wiener med. Wochenschrift“, daß in der Universitätsklinik in Wien bei einer Mäternepidemie die Kinder Tag und Nacht im Freien gelassen wurden und man nichts Nachteiliges gesehen habe. Die Angst vor Erkältungen ist meist unbegründet; sogar Säuglinge werden, statt sie ängstlich vor jedem Luftzug zu bewahren, in Fensterbalkons gelegt, wo sie bei günstiger Witterung viele Stunden des Tages im Freien zubringen können, und zwar mit bestem Erfolg. Asthmatische Zustände werden durch Luft und Licht in günstigem Sinne beeinflusst, sowohl bei Kindern wie bei Erwachsenen. Die Bedeutung der Freiluftbehandlung bei Tuberkulose ist bekannt. Vor allem wird dadurch bei den Kindern der Appetit angeregt. Stellt doch der Appetitmangel bei Tuberkulose die Hauptschwierigkeit dar, die sich der Heilung des tuberkulösen Prozesses hindernd in den Weg stellt. Wenn nun auch anzunehmen ist, daß der Aufenthalt in der frischen Luft vor allem durch Besserung des Appetits bei der Tuberkulose von günstigem Einfluß ist, so kommt doch auch dem Licht bei dieser Krankheit zweifellos ein heilender Einfluß zu, und zwar sind es hier die ultravioletten Strahlen des Lichtes. Eine Kur im Gebirge besitzt gegenüber einer solchen im Tal unverkennbare Vorteile. Das Hochgebirge gestattet eine erfolgreiche Kur während des ganzen Jahres. Ebenso günstig wirken Luft und Licht bei der Vorbeugung und Behandlung der Englischen Krankheit. Auch hier steht der heilende Einfluß des Lichtes im Vordergrund. Bemerkenswert ist eine Wahrnehmung, die man in Japan gemacht hat. Dort war vor Einführung der europäischen Bauweise die Englische Krankheit so gut wie unbekannt. Seitdem dort europäische Häuser gebaut werden, sich die Kinder mehr in geschlossenen, mit Fenstern versehenen Räumen aufhalten, ist die Englische Krankheit dort ebenso heimisch wie bei uns. Sicher ist, daß, je mehr Luft und Licht wir unseren Kindern bieten können, um so gesunder, froher und widerstandsfähiger sie aufwachsen werden.

Dr. W. H.

Laß Neider neiden und Hasser laß hassen;  
was Gott mir gönnt, muß man mir lassen.  
Er gibt mir Nahrung und das Leben,  
drum dank ich ihm, der mir's gegeben.

Besiehe du zuvor dein Bild,  
eh' du andre richten willst.  
Du hast genug für dich zu tun,  
mein Freund, laß andre Fehler ruh'n.

Das ist das Beste auf der Welt,  
daß Tod und Teufel nimmt kein Geld;  
sonst müßte mancher arme Sell  
vor einem Reichen in die Höll.

Wenn Haß brennen täte wie Feuer,  
so wär' das Holz nicht halb so teuer.

Hast du Arbeit, fröhlich daran!  
Fleiß und Kunst liebt jedermann.

Der Wein hat zwei Mängel:  
der schlechte verderbt den Magen  
und der gute den Geldbeutel.

Luft und Lieb zu einem Ding  
macht alle Müß' und Arbeit ring.

Den Eitel kennt man an den Ohren  
und an den Worten einen Loren.  
Gar mancher geht nach Wolke aus  
und kommt geichoren selbst nach Haus.

Zwei Hunde nagen an einem Bein,  
der eine muß betrogen sein.

Laß nie den Müßiggang  
dir deine Zeit verzehren.  
Der Fauler kommt zu nichts,  
der Fleißige zu Ehren.

Das Geld, das krumm ist,  
macht grad, was krumm ist.

Alle Tage lustig ist gefährlich,  
alle Tage traurig ist beschwerlich,  
alle Tage glücklich ist unmöglich,  
eins ums andre ist erträglich.

## Unbemerkte Fremdkörper bei Kindern

Bei Kindern nimmt das Eindringen von Fremdkörpern oft deswegen einen verhängnisvollen Verlauf, weil es nicht selten zunächst ganz unbemerkt bleibt und manchmal Schmerz und Blutungen damit nicht verbunden sind. Fremdkörper in der Nase und in den Ohren verursachen oft langdauernde Eiterungen, die alsdann zur Ausheilung kommen, wenn der Fremdkörper, etwa eine Bohne oder ein Steinchen, gefunden und entfernt sind. Schlimme Folgen treten auf, wenn der Fremdkörper verchlumpt in der Speiseröhre stecken geblieben oder gar in die Luftröhre gelangt ist. Hier erzeugt er Ersticken und Hustenanfälle, und es sind eingreifende Operationen nötig, um den Fremdkörper zu finden und zu entfernen, wenn nicht bereits eine zu Tode führende Lungenentzündung eingetreten ist. Dr. Schindler weist auf Grund seiner Erfahrung im Kinderspital in Prag in der „Med. Klinik“ darauf hin, daß kleine, durch Glas- oder Holzsplitter verursachte Stich- und Schnittwunden oft Teile der ersteren in ihren Taschen enthalten, die erst mit langanhaltender Eiterung zum Vorschein kommen. Beim Eindringen von Holzsplittern kann auch Starckampf entstehen. Außerordentlich häufig sind das Eindringen von Nadeln und Verbleiben von Stücken derselben bei Kindern hauptsächlich in den Beinen, und zwar besonders in den Knien. Kinder, besonders kleine, kriechen gern auf Fußböden und Möbeln herum. Hier finden sie fallengelassene, zeitweilig eingesteckte, dann vergessene Nadeln und rennen sich dieselben ein. Da das Einstecken mit ziemlich großer Gewalt geschieht, bricht dabei meistens die Nadel ab oder auch beim Versuch des Herausziehens, und der eingedrungene Teil bleibt im Körper, die kleine Stichverletzung kann leicht übersehen werden. Mit Recht spricht Doktor Schindler den Wunsch aus, daß die Erwachsenen ihre Nadeln besser aufbewahren.

Dr. W.

## Bekanntmachung

Sonntag, den 21. Oktober, ist der 43. Wochenbeitrag fällig.

Bezirksleitung Nürnberg: Adolf Konrad (bisher Bogenstr. 33);  
nunmehr: Ziegelgasse 15.

## Inhaltsverzeichnis

### Der Deutsche Metallarbeiter. Hauptteil:

Altersinvaliden-Unterstützung und Werbearbeit (Karl Schmitz, 2. Bandsachverständiger), S. 757. Um die Neugestaltung des gesetzlichen Arbeiterschutzes (H. Kreil, M. d. RWK.), S. 758. Der Lohnsteuerabzug nach dem 1. Oktober 1928 (G. Pelster), S. 760. Oberschlesien und der Harzmannkongern (W. Hoppner Slatow), S. 761. Der Draht meldet, S. 761. Mehr Schutz der Gesundheit und des Lebens der Metallarbeiter (W. Mauer), S. 762. Zum Ringen in der Nordwestgruppe (Joh. Burgars), S. 763. Nordwest hat gekündigt — Nordwest will Kampf, S. 764.

### Unterhaltung:

Postruf des Goldes (Jack London), S. 766. Von „dene Wiberwölker“, S. 771.

### Aus den Betrieben:

Arbeitgeber, wie sie nicht sein sollen (W. Sch.), S. 766. Reduzierung der Bücher auf dem Gebiete des Arbeitsrechts (G. K., Hannover), S. 766. Der Sozialismus des Herrn R. (P.), S. 766. Großkämpfe in Bergbau und Textilindustrie (— r.), S. 767. Die Firma Citroen in Köln-Poll (Tra.), S. 767.

### Verbandsgebiet:

Offenbach am Main (Zang), S. 768. Kaiserslautern (Vorch), S. 768.

### Buchbesprechung:

Seite 768.

### Frauenleben:

Metallarbeiterhausfrau und Werbetätigkeit (G. W.), S. 769. Genossenschaft und Arbeiterfrau (J. L.), S. 770. Arbeiterfamilie und Sozialpolitik (Dr. Schmitz), S. 770.

### Ärztliche Ratsschläge:

Licht und Luft als Heilmittel im Kindesalter (Dr. W. H.), S. 772. Unbemerkte Fremdkörper bei Kindern, S. 772.

### Bekanntmachung:

Seite 772.

„Der Deutsche Metallarbeiter“ erscheint wöchentlich am Samstag (Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapeltor 17, Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Donnerstags abend 6 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten — Anzeigenpreis: Die 4erpalte Mille meterzeile für Arbeituchende 20 Goldpf. für Arbeitsangebote 40 Goldpf. Unverlangt eingehende Manuskripte ohne Freisendung eines adressierten und frankierten Briefumschlages werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt.

Schriftleitung: Georg Wieber — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapeltor 17. Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, e. G. m. b. H., Duisburg.